



LE CONSEIL RHÉNAN
DER OBERRHEINRAT

DER OBERRHEINRAT

PLENARVERSAMMLUNG

Freitag, den 20. Dezember 2019

9.33 Uhr - 12.27 Uhr

Maison de la Région Grand Est, Straßburg
(Großer Saal)

Sitzungsprotokoll

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung

Dr. Jean ROTTNER, Präsident der Region Grand Est

2. Begrüßung durch die Präsidentin und Genehmigung der Tagesordnung

3. Genehmigung des Protokolls der Plenarversammlung vom 7. Juni 2019

4. Präsentation des Ständigen Sekretariats des Oberrheinrats

5. Stellungnahmen zu den Beschlüssen vom 7. Juni 2019

6. Resolutionsentwürfe des Vorstands

Resolution: „Vereinfachung des Verfahrens bezüglich des A1-Formulars in der Grenzregion“

Resolution: „Teilnahme des Oberrheinrats am Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit“

Vortrag: „Deutsch-französische Parlamentarische Versammlung: Welche Lösungen für grenzüberschreitende Irritationen?“

Sylvain WASERMAN, Mitglied des Vorstands der Versammlung, Vizepräsident der Assemblée Nationale

7. Arbeiten und Resolutionsentwürfe der Kommissionen

7.1. Kommission Landwirtschaft-Umwelt-Klima-Energie

Resolution: „Landwirtschaft und Klimawandel am Oberrhein“

7.2. Kommission Verkehr-Raumordnung-Katastrophenhilfe

Resolution: „Eine gegenseitige Anerkennung der deutschen und französischen Umweltplaketten am Oberrhein ist möglich - ein aktuelles Gutachten zeigt Wege auf“

Dr. Lioba MARKL-HUMMEL, Senior-Projektmanagerin, Eurodistrikt Straßburg-Ortenau

7.3. Kommission Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Gesundheit

7.4. Kommission Kultur-Jugend-Bildung-Sport

8. Wahl des Vorstands für das Jahr 2020 und Vorstellung der thematischen Prioritäten

9. Vorstellung der TMO-Strategie 2030 und Vorbereitung von INTERREG VI

Bärbel SCHÄFER, Regierungspräsidentin Freiburg

**10. Der Jugend eine Stimme geben: Rückblick auf die Schweizer ORK-Präsidentschaft
2019 Präsentation der Ergebnisse einer Jugendumfrage**

Elisabeth ACKERMANN, Präsidentin der Oberrheinkonferenz

11. Verschiedenes

12.30 - 13.30 Uhr: Buffet (Empfangssaal im 4. Stock)

TEILNEHMENDE

Delegation Baden-Württemberg:

Dr. Fritz Brechtel, Josef Frey, Marion Gentges, Dr. Martin Kistler, Rüdiger Klos, Joachim Kößler, Dr. Frank Mentrup, Margret Mergen, Reinhold Pix, Gabi Rolland, Barbara Saebel, Alexander Schoch, Dr. Christoph Schnaudigel, Dorothea Störr-Ritter vertreten durch Silke Einfeld
Entschuldigt: Sabine Hartmann-Müller, Martin Horn, Toni Huber, Rainer Stickelberger

Delegation Rheinland-Pfalz:

Matthias Ackermann, Heike Scharfenberger, Wolfgang Schwarz
Entschuldigt: Peter Lerch, Dr. Katrin Rehak-Nitsche

Delegation der Region Grand Est:

Daniel Adrian, Jean-Marie Belliard, Etienne Burger, Vincent Debes, Christian Debeve, Marie-Hélène De Lacoste-Lareymondie, Claudine Ganter (Präsidentin), Jean-Louis Hoerlé, Marianne Horny-Gonier, Evelyne Isinger, Brigitte Klinkert vertreten durch Daniel Adrian, Frédéric Pfliegersdoerffer, Christèle Willer, Huguette Zeller
Entschuldigt: Marcel Bauer, Jean-Luc Bohl, Francis Kleitz, Michèle Lutz, Gilbert Meyer, Laurence Muller-Bronn, Roland Ries, Pascale Schmidiger, Jean-Marie Zoellé

Delegation der Nord-West-Schweiz:

Marco Agostini, Anita Biedert, Dr. Hans Büttiker, Dr. Christoph Hänggi, Andrea Knellwolf, Monika Kornmayer-Hoff, Heinz Lurf, Christian Moesch, Dr. Heinrich Überwasser, Dr. Christian von Wartburg
Entschuldigt: Ernest Gerber, Andreas Meier, Jean-Daniel Tschan, Daniel Vulliamy

Referenten:

Elisabeth Ackermann, Dr. Lioba Markl-Hummel, Dr. Jean Rottner, Bärbel Schäfer, Sylvain Wasserman

Verwaltung:

Stefan Böhm, Corinne Bourger, Rebecca Braun, Christina Hof, Reinhard Hönle, Lionel Kinderstuth, Christian Kleinert, Frédéric Messinéo

Weitere Teilnehmende:

Prof. Dr. Angela Diehl-Becker, Jean-Baptiste Cuzin, Manuel Friesecke, Edda Greiner, Alexis Lehmann, Dominique Lorrette, Pascale Mollet-Pfiffert, Bärbel Nückles, Frank Rotter, Daniel Schaeffer, Jean-Baptiste Schiber, Norma Serpin, Georg Walter, Andrea Zechall

1. Eröffnung

Frau Claudine GANTER :

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich die zweite Plenarsitzung des Oberrheinrats (ORR) im Jahr 2020 hier in Straßburg zu eröffnen. Ich möchte ganz besonders Herrn Präsidenten der Region Grand Est, Jean ROTTNER, begrüßen; die Präsidentin der Oberrheinkonferenz (ORK), Frau ACKERMANN – Sie wird sicherlich bald eintreffen, wir wissen um die Verkehrsverhältnisse; Frau Regierungspräsidentin vom Regierungspräsidium Freiburg, liebe Bärbel SCHÄFER; sehr geehrte Mitglieder des Oberrheinrats, seien Sie alle hier herzlich willkommen, in unserem Hôtel de Région. Ich schlage vor, zur Eröffnung dieser Sitzung unserem Präsidenten, Herrn ROTTNER, das Wort zu geben.

Dr. Jean ROTTNER, Präsident der Region Grand Est

Herr Dr. Jean ROTTNER :

Das war aber schnell! Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde sollte ich sagen, gestatten Sie mir, dass ich meinerseits auch ganz herzlich Bärbel SCHÄFER begrüße, mit der ich immer sehr gern arbeite, – wobei wir noch so viel Arbeit vor uns liegen haben! Wir warten auch gespannt auf Elisabeth ACKERMANN. Ein freundschaftlicher Gruß geht an einen weiteren Freund der deutsch-französischen Sache, den Vizepräsidenten der Assemblée Nationale und Abgeordneten Sylvain WASERMAN, der auch Mitglied des Regionalrats ist. Ich denke, er wird heute in dieser Versammlung als Sachverständiger sprechen. Vielen Dank, Sylvain, für Deinen unerschütterlichen Glauben, gemeinsam mit anderen! Für den Dialog zwischen unseren Ländern ist das auf Oberrhein-Ebene wichtig!

Sie heute in Straßburg zu diesem genauen Zeitpunkt empfangen zu dürfen, wo aktuelles Geschehen sich mit den gegenseitigen Beziehungen unserer Gebiete trifft, hat für mich eine große Bedeutung. Auch die Tatsache, dass ich einige Augenblicke unter Ihnen verweilen kann. Es hat für mich eine große Bedeutung, weil ich in meiner täglichen Arbeit den Eindruck habe, dass die deutsch-französischen Beziehungen sich derzeit in die gute Richtung entwickeln und sich in unseren Vorhaben verdichten. Hinzu kommt, dass wir in der Lage sein müssen, unsere Zukunft heute schon zu erdenken – Sylvain WASERMAN wird das sicherlich ansprechen –, um für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger jene Alltagshindernisse aus dem Weg zu räumen, ihnen die Existenz zu vereinfachen, sodass die Grenze im Alltagsleben zu einer bloßen Erinnerung verblaßt. Aber darüber hinaus haben wir miteinander wahre und bedeutende strukturgebende Projekte, ja symbolträchtige Projekte, wie die Umwandlung des Standortes Fessenheim; Bärbel SCHÄFER weiß, was damit gemeint ist. Das erfordert Stunden und Stunden an Arbeit, Sitzungen, Treffen, gegenseitiges Verstehen und Vertiefung; es steigert aber auch das gegenseitige Vertrauen, das uns miteinander verbindet.

Mir ist bekannt, dass Sie sich u.a. mit künstlicher Intelligenz (KI) befaßt haben und danke Ihnen dafür. Mir liegt sehr viel daran, weil ich überzeugt bin, dass wir heute, angesichts des weltweiten Wettbewerbs um KI auf diesem Gebiet, eine wichtige Rolle übernehmen müssen. Keine unter unseren Regionen, wie auch immer ihre Größe, ihre akademische oder politische Macht verfügt heutzutage über das ausschlaggebende Gewicht. Hingegen können wir in Zusammenhang mit unserer jeweiligen Nationalpolitik auf Ebene unserer Regionen eine richtige Vernetzung auf diesem Gebiet herstellen. Ich freue mich sehr, wenn ich sehe, dass unsere Universitäten und Forschungsstätten mehr denn je im Dialog miteinander stehen. Ich habe mich sehr gefreut, als ich vor vierzehn Tagen wieder in Berlin war und mich mit jedem Vertreter bzw. Staatssekretär unserer Nachbarländer traf, dass dieses Thema immer wieder zur Sprache kam und

der Wille etwas aufzubauen, der gesunde Wille etwas gemeinsam zu erschaffen und zu prägen, offensichtlich vorhanden ist. Ich werde im Übrigen Ende Januar bei Herrn KRETSCHMANN sein, um die Dynamik des Landes Baden-Württemberg aus der Nähe zu erleben. Vor kurzem war ich zum gleichen Anlass bei Tobias HANS in Saarbrücken und wir wollen uns auch in der gleichen Sache mit Malu DREYER wiedersehen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wie auch die Zusammenarbeit in den Grenzregionen ist zugleich wesentlich und fassbar. Im Oberrheinrat bringen Sie den Willen während des kommenden Mandats an dem Thema der Mobilität zu arbeiten, das für uns ganz wesentlich ist, zum Ausdruck. Wir hatten nicht wenig dazu beigetragen, gemeinsam dieses Thema in Gang zu bringen, ganz besonders zwischen Deutschland und Frankreich, - wobei gleichzeitig weitere Vorhaben in der Nähe von Mülhausen mit unseren Schweizer Freunden laufen. Ich glaube, dass der grenzüberschreitende Schienenverkehr eine besonders starke und beispielhafte Verbindung darstellt. Züge in Auftrag zu geben, gewisse Strecken wieder aufleben zu lassen, die Fähigkeit heutzutage eine grenzüberschreitende Verkehrsvernetzung zu konzipieren, das sind alles wesentliche Elemente, vor allem da eine Universität wie EUCOR von uns eine Reihe an Verkehrslösungen erwartet. Wir müssen meiner Ansicht nach über die einfache Absicht Rollmaterial zu entwickeln oder Strecken auszubauen, hinausgehen und den neuen Gewohnheiten gemäß auch die Fahrkarte und ihre Tarifgestaltung anpassen, um im Wettbewerb europäischer Gebiete so wettbewerbsfähig wie möglich zu sein.

Abschließend, wenn Sie gestatten, möchte ich Claudine GANTER als Präsidentin des Oberrheinrats in diesem Jahr für ihr Engagement danken. Ich weiß, dass sie mit ganzer Kraft und Begeisterung, mit vollem Elan gearbeitet hat. Ich möchte Ihnen auch dafür danken, dass Sie es geschafft haben ein ständiges Sekretariat für den Oberrheinrat einzurichten: Dies ist eine starke politische Handlung. Anstelle der Wanderung von einer Behörde zur anderen entsteht nun eine gewisse Stabilität und Kontinuität. Es war ganz wesentlich diese Einrichtung fester zu positionieren.

Das waren hier in wenigen Stichworten, die Punkte, die ich Ihnen heute Morgen mitteilen wollte: Es geht um die Verdichtung unserer Beziehungen, um das Vertrauensklima und um die weiterhin erforderliche Vertiefung unserer Beziehungen sowie um einige Großprojekte, die sich in das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger einfügen. Alles in allem, Schritt für Schritt sind wir dabei jenen schönen Raum europäischer Zusammenarbeit aufzubauen, den wir alle herbeiwünschen und der sich schon in jedem unserer Teilgebiete abzeichnet.

Frau GANTER :

Vielen Dank für diese Ansprache. Gestatten Sie, dass ich schon vorweg den Gästen danke, die heute im Laufe des Vormittags im Rahmen unserer Arbeiten Referate halten werden. Lieber Sylvain, ich habe vergessen Dich zu begrüßen, doch der Präsident hat es für mich nachgeholt. Unsere Arbeiten für diese Sitzung stehen im Zeichen unseres anhaltenden Engagements und unseres gemeinsamen Strebens die grenzüberschreitenden Hindernisse im Alltag zu überwinden. Dies ist unser grundsätzliches Ziel, denn das erwarten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf beiden Seiten der Grenzen von uns.

4. Präsentation des Ständigen Sekretariats des Oberrheinrats

Bei diesem Thema können wir nur erfolgreich sein und konkrete Ergebnisse hervorbringen, wenn wir uns alle einsetzen und der Herausforderung stellen. Tage wie heute stellen unsere Arbeiten ins Licht und tragen zur Bekanntheit des Oberrheinrates bei. Unser Gremium, das sich den Alltagsprobleme unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger an nimmt und dazu beiträgt ihnen Lösungen zu bieten, hat eine starke Präsenz. Das müssen wir allen wissen lassen. Zu diesem Zweck haben wir uns auch vor kurzem ein neues ständiges Sekretariat zugelegt, das in Kehl beim Euro-Institut angesiedelt ist. Unser Sekretariat erlaubt es uns jetzt unsere Verwaltung optimal zu gestalten und vor allem unsere Kommunikationsfähigkeit der Öffentlichkeit gegenüber zu steigern. Ich begrüße Christian KLEINERT – vielleicht stehen Sie kurz auf –, der das Ständige Sekretariat führen wird. Er hat vor kurzem diese Amt übernommen und bereits sehr gut gestartet.

(Applaus)

2. Begrüßung durch die Präsidentin und Genehmigung der Tagesordnung

Im Rahmen dieser Plenarsitzung werden wir heute verschiedene Themen bearbeiten, die uns viel bedeuten. Sie haben alle die Tagesordnung erhalten, die wie immer sehr dicht und reichhaltig ist. Ich wünsche uns allen eine gute Arbeitssitzung und eröffne unsere Arbeiten.

Wir beginnen mit der Genehmigung der Tagesordnung. Sie haben die Unterlage. Gibt es dazu Anmerkungen? Ist alles in Ordnung und können wir davon ausgehen, dass ihr zugestimmt wird? Vielen Dank.

Frau DAMMANN, die nicht unter uns sein kann, läßt sich entschuldigen. Herr BIERRY sollte durch Herrn BERTRAND vertreten werden, aber dieser wurde selbst kurzfristig verhindert und bittet um Entschuldigung sowie Herr HURTH und Herr SCHERER.

Nun möchte ich Frau KNELLWOLF, die zu uns gekommen ist, die Gelegenheit geben sich kurz vorzustellen.

Frau Andrea KNELLWOLF :

Bonjour, Grüezi mitenand! Ich bin seit fünf Jahren Grossrätin von Basel-Stadt. Ich bin dort in der Regio-Kommission und in verschiedenen wirtschaftsbezogenen und raumplanerischen Kommissionen tätig. Ich bin Rechtsanwältin, arbeite zu 80% in der Pharmaindustrie und bin schon seit 20 Jahren in diesem Bereich aktiv. Ich bin eine begeisterte Dreiländerin. Ich habe 16 Jahre in Deutschland gelebt und habe eine „Résidence secondaire au Languedoc“. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit hier und auf die Themen, die wir in der Kommission behandeln werden. Vielen Dank !

Frau GANTER :

Vielen Dank. Seien Sie bei uns willkommen! Wir wünschen Ihnen viel Erfüllung! Frau KNELLWOLF wird sich um die Kommission Wirtschaft kümmern, die nicht gerade die Geringste unter unseren Kommissionen ist. Also, viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

5. Stellungnahmen zu den Beschlüssen vom 7. Juni 2019

Wir kommen nun zu den verschiedenen Stellungnahmen zu unseren Resolutionen vom 7. Juni dieses Jahres. Unsere Resolutionen haben zahlreiche Antworten hervorgerufen und ich glaube, man kann damit zufrieden sein. Wir haben Schreiben von der Europäischen Kommission über künstliche Intelligenz (KI) erhalten, insgesamt drei. Das ist ein wichtiger Schritt voran, da wir selten so gute Antworten bekommen haben. Wir werden ermutigt unsere Arbeiten fortzusetzen und unsere Bande enger zu knüpfen. Sie haben diese Schreiben zur Kenntnisnahme erhalten. Gibt es Kommentare, Wortmeldungen dazu?

Wir haben auch ein langes Antwortschreiben vom Beauftragten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Staatssekretär Volker RATZMANN, über verschiedene Themen erhalten, über die Fortentwicklung des Museums-PASS-Musées, über Verkehrsfragen und Sportfonds am Oberrhein. Auch da, nur positive Antworten, die uns ermutigen. Desweiteren gab es Antworten vom Ministerium für digitale Infrastruktur und auch von Herrn Andreas JUNG, der im Übrigen heute hier mit Herrn WASEMAN eingeladen war, aber nicht kommen konnte.

Dann haben wir auch Antworten von Schweizer Seite über unsere Themenkreise erhalten und zwar mit einer allgemeinen Ermutigung unsere Arbeiten fortzusetzen und einer ständig wachsenden Anerkennung des Oberrheinrates. Darin liegt eine gewisse Dynamik. Wir werden von allen Instanzen, die ich genannt habe, unterstützt. Haben Sie Bemerkungen über dieses Antwortschreiben? Ist alles allen klar? Gut. Also ermutigen Sie uns auch unsere Aufgaben weiter fortzusetzen. Vielen Dank.

Bevor wir zu den Resolutionen des Vorstands übergehen, möchte ich Herrn FREY das Wort erteilen, damit er uns das Ständige Sekretariat des Oberrheinrats vorstellt.

Herr Josha FREY:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren, in einer Resolution am 9. Dezember 2013 hat sich der Oberrheinrat für die Schaffung eines Sekretariats des ORR ausgesprochen. Ich darf Ihnen mitteilen, dass wir seit 1. Oktober 2019, also ziemlich genau sechs Jahre später, nun Vollzug melden können: Das Kind ist geboren, allerdings mit langen neun Monaten. Nun wissen wir aber alle, dass man in der trinationalen Arbeit einen langen Atem braucht, um Fortschritte zu erzielen. Die Einrichtung des gemeinsamen Sekretariats ist wirklich ein gutes Beispiel für diesen langen Atem und die dicken Bretter, die wir bohren müssen.

Herrn KLEINERT begrüße ich noch von meiner Seite offiziell ganz herzlich, der beim Euro-Institut in Kehl als Koordinator des ORR beschäftigt ist. Ich beglückwünsche Herrn KLEINERT für diese interessante neue Aufgabe und freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihm im nächsten Jahr. Dem Euro-Institut und dem Direktor WALTER danke ich, dass er als Arbeitgeber und als INTERREG-Projekt-Partner hier mitwirkt. Die neue Stelle sorgt zunächst für mehr Kontinuität bei der verwaltungsseitigen Betreuung des ORR, da das Sekretariat nicht mehr wie bisher jährlich wechselt. Ferner können wir über die neu geschaffene Vollzeit-Dienststelle erheblich mehr Dienstleistung für die Mitglieder des ORR erbringen, z.B. über eine intensivierete Öffentlichkeitsarbeit oder über einen Newsletter, von dem Sie diese Woche den ersten erhalten haben.

Diesen Mehrwert, den wir nun haben, hat Herr KLEINERT bereits vor der Sitzung bewiesen. So finden Sie z.B. eine Synopse in den Unterlagen, mit der die Stellungnahmen zu den Resolutionen des ORR künftig intensiv nachlesbar sind und die Entwicklung unserer Arbeit besser sichtbar wird. Weiterhin finden Sie eine ausführliche Darstellung der Prioritäten des Gremiums

für das Jahr 2020. Auch die für die Zukunft vorgesehene intensive Nutzung des Intranets und die Umstellung auf ein papierloses Büro lassen sich dank des ständigen Koordinators in den nächsten Monaten umsetzen. Damit tritt der ORR in ein neues Zeitalter ein, das gut zu unserem thematischen Schwerpunkt der Nachhaltigkeit im Jahr 2020 paßt.

Ganz bewußt haben wir die Stelle unseres neuen Koordinators im Kompetenzzentrum in Kehl angesiedelt, wo auch das Sekretariat der Oberrheinkonferenz seinen Sitz hat. Eine engere Kooperation mit der ORK ist ein weiteres großes Ziel. Durch die eng abgestimmte Arbeit werden wir die Interessen der Oberrheinregion gegenüber den Regionen, den Nationalstaaten und der EU noch besser vertreten können. Mit einem permanenten Mitarbeiter vor Ort können wir endlich auf Augenhöhe mit den Vertretern der ORR zusammenarbeiten, die ja schließlich *drei* Mitarbeiter vor Ort hat. Die Finanzierung unseres Sekretariats erfolgt derzeit im Rahmen eines INTERREG-Programms im Zeitraum vom 1. Oktober 2019 bis 30. September 2022. Wir verfügen nun zwar über einen neuen Koordinator, doch ist dessen Finanzierung über den 30. September hinaus noch nicht gesichert. Diesbezüglich sind alle Gebietskörperschaften, die den ORR tragen, jetzt schon gefordert, sich hierzu Gedanken zu machen. Die EFRE-Mittel der EU müssen ab Beendigung des Projektes von uns selbst getragen werden, wenn es uns wirklich ernst ist, ein ständiges Sekretariat für unser Gremium zu führen. Für die Fortfinanzierung der Stelle, möchte ich schon in diesem frühen Stadium intensiv werben, dass ein ständiger Koordinator einen großen Mehrwert für das Gremium erbringt. Und nun möchte ich das Wort Ihnen, Herrn KLEINERT, geben, damit Sie sich kurz persönlich vorstellen können.

Herr Christian KLEINERT:

Vielen Dank Herr FREY, vielen Dank Frau GANTER auch für die vielen netten Worte und die Möglichkeit, seit Oktober als Koordinator des Ständigen Sekretariats für den ORR tätig sein zu können. Ich stelle mich einfach noch kurz vor. Sie haben schon wahrscheinlich viele Mails von mir erhalten; falls nicht, dann haben wir ein Problem mit dem Verteiler, dann wäre es auch gut, wenn Sie mir Bescheid geben würden. Ich komme ursprünglich aus Nord-Hessen, aus Kassel, habe aber in Deutschland und in Frankreich studiert im Bereich der Politikwissenschaften, Soziologie und Verwaltung. Vor dieser Stelle, war ich bereits im Euro-Institut in Kehl tätig, genau im Kompetenzzentrum für europäische Fragen, wo auch die ORK, das gemeinsame Sekretariat, die Infobest und der Eurodistrikt Straßburg-Ortenau ihren Sitz haben und freue mich, dass ich weiterhin an diesem Ort arbeiten kann, weil es einfach ein sehr angenehmes Arbeitsumfeld im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist. Wenn Sie irgendwelche Fragen haben oder andere Themen zum ORR ansprechen möchten, stehe ich Ihnen natürlich zur Verfügung. Vielen Dank !

(Applaus)

Frau GANTER:

Alles Gute in Ihrem neuen Amt ! Ich möchte auch Herrn FREY danken, der auf Ebene des Eurodistrikts die Wege geebnet hat, damit dieses ständige Sekretariat eingerichtet werden konnte. Sie haben gerade gehört, was es uns allen schon bringt und noch bringen kann. Wir haben Ihnen eine große Last aufgebürdet, denn Sie werden unsere Arbeiten begleiten müssen und wir wollen diese ja noch steigern. Wir rechnen also wirklich mit Ihnen, aber wir sehen schon, dass das möglich sein wird. Vielen Dank!

6. Resolutionsentwürfe des Vorstands

Resolution: „Vereinfachung des Verfahrens bezüglich des A1-Formulars in der Grenzregion“

Ich komme zurück zur normalen Tageordnung. Es handelt sich um Resolutionsentwürfe vom Vorstand, also oft fachübergreifend oder ganz aktuell. Nachdem der Eurodistrikt PAMINA damit befaßt wurde, haben wir viel über die Vereinfachung des Verfahrens für das A1-Formular im Grenzgebiet diskutiert. Dieses Formular ist zu einem Hemmschuh der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geworden, vor allem für die KMU, die nicht unbedingt über die dafür notwendigen Personalressourcen verfügen. Wir schlagen Ihnen also diese Resolution vor, in der wir ggf. eine Ausnahmeregelung beantragen, um den besonderen Gegebenheiten im deutsch-französischen Grenzgebiet Rechnung zu tragen, entsprechend dem was in einer Bestimmung des Aachener Vertrages vorgesehen ist. Bei dieser Resolution haben wir uns auch auf das Know-how des Europäischen Zentrums für Verbraucherschutz gestützt. Bevor ich die Diskussion eröffne, würde ich deshalb gern dem Vertreter des Zentrums 2-3 Min. Redezeit geben, damit er uns das erläutert.

Herr Christian TIRIOU:

Ich bin im Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz tätig. Wir haben in der Tat ein Rechtsgutachten über dieses Alltagsärgernis erstellt. Was ist eigentlich das A1 Formular? Es ist im Grunde genommen ein Ausweis der AOK. Jeder, der innerhalb der EU für beruflich Zwecke unterwegs ist, muss in der Lage sein, sich in Bezug auf die ihm anwendbare soziale Gesetzgebung auszuweisen. Als konkretes Beispiel: Ich bin im Europäischen Zentrums für Verbraucherschutz angestellt und bin heute Morgen hierher zu einer Sitzung nach Straßburg gekommen, also in meinem Fall ins Ausland. Sollte ich am Ausgang von der Arbeitsinspektion kontrolliert werden (gesetzt der Fall jemand hat sie angerufen und mich angezeigt), kann ich bestraft werden, weil ich meine A1-Bescheinigung nicht bei mir trage. Wir sind der Ansicht, dass es sich um einen Hemmschuh handelt, insbesondere für Unternehmen und kleine grenzüberschreitende Organisationen, die für solche Verfahren nicht über das nötige Personal und die Mittel verfügen. Denn normalerweise hätte ich mich im Vorfeld mit meiner Krankenkasse in Verbindung setzen und etwa zehn Seiten Fragebögen zur Antragstellung dieser A1-Bescheinigung ausfüllen müssen, damit meine Kasse es mir rechtzeitig zusenden kann. Sie sehen daran, dass es sich um ein höchst umständliches Verfahren handelt.

Wie hoch liegt das Risiko kontrolliert zu werden? Es liegt zwar nicht sehr hoch, aber es ist trotzdem ein Damoklesschwert über meinem Haupt und dem meines Arbeitgebers, denn wenn Sanktionen erteilt werden, können sie bis zu Tausenden von Euros kosten. Wir vertreten die Auffassung, dass solche Maßnahmen mit unserer Grenzlage nicht zu vereinbaren sind.

Der Sachverhalt ist auf europäischer Ebene gut bekannt und wird z.Zt. dort diskutiert. Es gibt bereits Überlegungen, wie man das Verfahren vereinfachen könnte. Es ist auch die Rede von einer europäischen Krankenversicherungskarte und von einer Ausnahmeregelung für Geschäftsreisen, aber die Mitgliedstaaten können sich über den Begriff Geschäftsreise nicht einig: Soll man darunter z.B. auch Dienstleistungen und Warenlieferungen verstehen usw.? Bis man eine Lösung auf EU-Ebene findet, werden wir m.E. noch lange warten müssen. Am besten man hilft sich selbst; also, wenn man eine Zwischenlösung finden würde, die alle zufrieden stellt (Unternehmen, grenzüberschreitende Stellen, Beamte, Mandatsträger usw.), weil alle betroffen sind, wäre es besser. Ich stimme dem Resolutionsentwurf voll und ganz zu und finde, dass er auf unsere hiesige Grenzregion maßgeschneidert ist.

Frau GANTER:

Vielen Dank. Gibt es Fragen über die A1 Bescheinigung? Nein? Wenn an dieser Resolution nicht zu beanstanden ist, schlage ich vor, dass wir über sie abstimmen. Wird sie angenommen?

Ja. Sehr wohl. Vielen Dank. Auf der Rückseite stehen die Persönlichkeiten an die wir sie richten werden. Ich möchte noch hinzufügen, dass Anne SANDER, die sich auch sehr eingebracht hat, uns in dieser Angelegenheit sehr unterstützt.

Resolution: „Teilnahme des Oberrheinrats am Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit“

Vortrag: „Deutsch-französische Parlamentarische Versammlung: Welche Lösungen für grenzüberschreitende Irritationen?“

Sylvain WASERMAN, Mitglied des Vorstands der Versammlung, Vizepräsident der Assemblée Nationale

Die zweite Resolution, die Ihnen vom Vorstand des Oberrheinrates vorgeschlagen wird, betrifft den Wunsch unseres Gemiums sich im Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu beteiligen. Als nämlich anlässlich der Gemeinsamen Absichtserklärung vom 16. Oktober dieses Jahres die deutsche und die französische Regierung beschlossen haben, die Vertreter der Schweiz und die Eurodistrikte an der deutsch-französischen Grenze miteinzubeziehen, wurde der Oberrheinrat nicht in dieser Erklärung erwähnt. Wir möchten deshalb unsere Absicht unterstreichen an der Arbeit des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit teilzunehmen. Daher dieser Resolutionsentwurf.

Neben dieser Resolution schlagen wir vor, ein Schreiben an Frau Amélie de Montchalin und an Herrn Michael ROTH zu richten, um sie auf diese Situation aufmerksam zu machen, vor allem da die Präsidentin der Europäischen Kommission ein Schreiben an uns gerichtet hatte, in dem der maßgebliche und ihres Erachtens wesentliche Beitrag des Oberrheinrats zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betont wurde. Deshalb also unsere heutige Initiative. Bevor wir die Resolution zur Abstimmung bringen, schlage ich vor, dass wir Herrn Sylvain WASERMAN hören, der uns über den Vertrag von Aachen unterrichten kann zumal er sozusagen Vater des Gedanken war. Sylvain, lieber Kollege, wenn Du bitte das Wort übernehmen möchtest.

Herr Sylvain WASERMAN:

Sehr geehrte Damen und Herren, seien Sie alle begrüßt! Es ist mir wirklich ein Vergnügen heute hier zu sein. Ich habe die Nacht am Vorsitz der Assemblée Nationale verbracht und habe es noch geschafft trotz des Streiks einen Zug zu nehmen. Ich freue mich sehr auf diesen Austausch mit Ihnen über das besondere Thema der deutsch-französischen Beziehungen, wobei mir bewußt ist, dass dieses in einer trinationalen Versammlung nur einen Aspekt Ihrer Tätigkeiten darstellt. Es ist allerdings in meinen Augen ein wesentlicher Aspekt sowohl für das Rheintal wie auch für Europa.

Ich möchte mit Ihnen über die außerordentlich bedeutsamen und konstruktiven Fortschritte sprechen, die innerhalb von zwei Jahren in der deutsch-französischen Beziehung erreicht wurden. Am 22. Januar 2018 hatten Bundeskanzlerin MERKEL und Präsident MACRON beschlossen, einen Freundschaftsvertrag zu beleben. Nach 56 Jahren mußte der Elysee-Vertrag neu belebt werden. Das war eine symbolische Botschaft. Aber dieser Vertrag hat auch Inhalt und zwar in vielerlei Hinsicht. Einige möchte ich kurz erwähnen: wesentliche Bestandteile der Verteidigungspolitik und –industrie, Themen mit denen wir uns zwar nicht im Alltag befassen, aber die für unsre beiden Länder von großer Bedeutung sind. Zum ersten Mal auch wird bekundet,

dass Frankreich und Deutschland ihre Wirtschafts- und Sozialsysteme harmonisieren wollen. Das ist das erste Mal, dass man in einem Vertrag nicht nur vage von Konvergenz spricht, wie mit der Aussage, dass man eines Tages Konvergenz erreichen wird, sondern tatsächlich über Harmonisierung, insbesondere über die Harmonisierung der Vorschriften in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung und unsere KMU.

Im Rahmen seiner Tätigkeiten hat der Premier Minister mir in der Tat eine Aufgabe anvertraut nämlich einen Bericht zu verfassen, um folgende Frage zu beantworten: Was kann man in einem solchen Vertrag (der damals noch Elysee-Vertrag 2 hieß) in Sachen grenzüberschreitender Zusammenarbeit setzen? Ich habe daraufhin sechs Vorschläge unterbreitet. Während dieser Arbeit hatte ich die Gelegenheit mich einigen von Ihnen, insbesondere mit Ihnen, lieber Herr MENTRUP, zu treffen. Ich habe daraufhin sechs Vorschläge gemacht, wovon viereinhalb im Vertrag aufgenommen wurden. Ich will sie jetzt nicht aufzählen, sondern lediglich Ihr Augenmerk auf zwei Punkte richten. Erstens ist es m.E. von großer Bedeutung hier, in diesem so wichtigen Rheingebiet etwas im Bereich der Zukunftswirtschaft aufzubauen. Wir befinden uns schließlich hier im Herzen Europas, wo die Zukunftsindustrie schon zum Tragen kommt und ihren Platz finden kann, wenn wir unsere Kräfte bündeln, wie es bereits unsere Hochschulen, unsere Forschungs- und Industriestätten es tun. Zweitens, indem neue Entwicklungen im Sprachbereich angeboten werden. Deutschland ist uns im Lehren der Nachbarsprache ein ganzes Stück voran, auf jeden Fall in der Steuerung. Wir haben im Vertrag etwas Wichtiges für die Bildung der Europäischen Gebietskörperschaft Elsass verankert bzw. zu einem Erfordernis gemacht, dass die Gebietskörperschaften für das Lehren der Nachbarsprache die Steuerung der Lehr-Strategien übernehmen. Es war ein Kampf bis zur letzten Minute zwischen dem Gesetzgeber und der Exekutive im stets zentralistischen Frankreich.

Dabei hat uns dieser Vertrag geholfen, denn internationale Verträge stehen über den Gesetzen. Als man noch eine Stunde vor der Abstimmung in der Assemblée Nationale über die Europäische Gebietskörperschaft Elsass verhandelte, damit die Gebietskörperschaften eine strategische Rolle im Deutschunterricht spielen, konnten wir uns auf diesen Vertrag berufen und eine Wende in der Diskussion herbeiführen. Denn das Erziehungsministerium, die sog. Éducation Nationale konnte gerade noch hinnehmen, dass man sich der Regionalsprachen annimmt, aber sicherlich nicht der Sprache des Nachbarlandes und des Deutschunterrichts.

Dann möchte ich noch einen dritten Punkt mit Ihnen vertiefen in Bezug auf den von mir formulierten Vorschlag über die Schaffung eines Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit; ich komme gleich darauf zu sprechen, denn ich denke, das könnte Ihren Arbeiten sehr dienlich sein; ich denke, es könnte eine Gelegenheit sein, die Sie in Ihrem Interesse voll und ganz nutzen sollten.

In Anlehnung zu diesem Vertrag – und das ist weniger bekannt – haben die Assemblée Nationale und der Bundestag sich gesagt: Wenn unsere beiden Staaten nun wieder einen Freundschaftsvertrag unterzeichnen, ist es wichtig, dass wir als Parlamente auch engere Beziehungen knüpfen, vor allem wenn in dem Vertrag die Absicht verankert ist, unsere Gesetzgebungen zu harmonisieren, insbesondere im Wirtschafts- und Sozialbereich, also im eigentlichen Zuständigkeitsbereich der Parlamente. Daraufhin haben die Assemblée Nationale und der Bundestag parallel dazu am 22. Januar 18 Abgeordnete ernannt, darunter auch mich, bzw. 9 Franzosen und 9 Deutsche, um Überlegungen anzustellen. Im Laufe der Monate haben wir, die 18 Abgeordneten, uns gefragt, wie wir das anpacken sollten. Wir haben einen Vorschlag erarbeitet, der eine demokratischen Neuerung darstellt und zwar die Bildung einer deutsch-französischen par-

lamentarischen Versammlung: 50 französische Abgeordnete und 50 deutsche Abgeordnete sollten zum deus ex machina für die Konvergenz unserer beiden Rechtsordnungen werden. Wir haben diesen Gedanken im Juni 2008 hervorgebracht und den Präsidien beider Versammlungen – Assemblée Nationale und Bundestag – anlässlich einer gemeinsamen Sitzung in Lübeck vorgetragen. Ich war dort als Vizepräsident der Assemblée Nationale. Nachdem dieser Schritt bestätigt worden war, kamen wir im November wieder zusammen, gemeinsam mit beiden Präsidien und den Parteifraktionen. Alle Fraktionen außer den Rechts- und Linksextremen haben unseren Vorschlag kräftig bestätigt. Wir haben dann Anfang dieses Jahres die erste konstituierende Versammlung einberufen, die sich nachdem der Vorstand gewählt wurde der Aufgabe gestellt hat die Geschäftsordnung zu erarbeiten. Sie dürfen mir glauben, dass dies bei zwei unterschiedlichen Kulturen wie die französische und die deutsche keine leichte Aufgabe war, die Geschäftsordnungen von zwei Parlamenten zusammenzuführen, um daraus eine gemeinsame zu bilden. Die Verwaltungen hatten uns vorausgesagt, dass wir damit ein bis anderthalb Jahre beschäftigt sein würden. Es war nicht leicht, aber wir haben es jedoch mit viel Willenskraft und Flexibilität zur Jahresmitte geschafft. Ich werde Ihnen nicht vorenthalten, dass Frankreich viel zu lernen hat von einem dezentralen Staatswesen und von der Rolle des Parlaments und dass wir wahrscheinlich auch in manchen Dingen einen Beitrag leisten können.

Wir haben also beide Geschäftsordnungen zu einer Dritten zusammengeführt und im September zu einer zweiten Versammlung einberufen, um die Geschäftsordnung zu verabschieden und die Arbeitsschwerpunkte festzulegen. Diese stehen natürlich in Übereinstimmung mit dem Aachener Vertrag, vor allem in Bezug auf die neuen Arbeitsgruppen, eine über künstliche Intelligenz (KI); eine weitere über die Konvergenz von Vorschriften für KMU (wir kommen später noch darüber zu sprechen mit den Alltagsängstlichen) und die nichttarifären Handelshindernisse, insbesondere für die deutschen KMU, wenn sie nach Frankreich wollen; eine dritte über die Herausforderungen des Klimawandels und eine vierte über die Verteidigungsindustrie.

Der Grundgedanke bei der Festlegung dieser Arbeiten ist, dass die deutsch-französische Parlamentarische Versammlung Stellungnahmen bestätigt. Natürlich widerspiegelt diese Versammlung die Mehrheitsabstimmungen von Bundestag und Assemblée Nationale, der Mutterhäuser sozusagen und es müssen selbstverständlich ein Austausch und eine Prüfung vorangegangen sein. Denn eine extraterritoriale Entscheidung wäre verfassungsmäßig gar nicht zulässig; es wäre nicht möglich eine deutsch-französische Rechtsvorlage in Paris zu verabschieden und in Deutschland umzusetzen. Wir brauchen also diese Konstellation bei der wir Vorschläge unterbreiten, sie sorgfältig prüfen und eine Lösung beschließen, die anschließend vom jeweiligen Mutterhaus ratifiziert und bestätigt wird.

Der Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat also seine Tätigkeit begonnen. Dies hat etwas mehr Zeit in Anspruch genommen. Zunächst, weil der Ausschuss die Ratifizierung beider Verträge brauchte, die erst jetzt gerade abgeschlossen wurde (nach der Unterzeichnung dauert es meistens lange mit der Ratifizierung). Der Ausschuss hat informell zum ersten Mal im November getagt. Die kommende Sitzung findet im Januar statt. Welches ist die Philosophie des Ausschusses? Sie wurde bereits vorgetragen. Ich hatte meinen Bericht beim ersten informellen Treffen bekannt gegeben. Er verfolgt verschiedene Zielsetzungen, darunter zwei Hauptziele.

Das erste Ziel besteht darin, die Alltagsängstlichen nacheinander vorzunehmen, die aus einem Mißklang unserer beiden Rechtsordnungen entstanden sind und das Leben der Grenzbevölkerung verderben bzw. stark beeinträchtigen können. Man nehme sie einzeln vor in der Reihenfolge der Prioritäten und versuche sie aufzulösen. Dafür sitzt im Ausschuss am Verhandlungs-

tisch die Regulierungsbehörde mit dem Präfekten. Dieser Präfekt hat eine besondere Aufgabe in grenzüberschreitenden Angelegenheiten. Ich habe einen ganzen Tag mit den zwanzig Präfekten, die auch für Grenzüberschreitendes zuständig sind, daran gearbeitet, um die Aufgabe der Präfekten, die den Staat in grenzüberschreitenden Belangen voll vertreten, in meinem Bericht auch richtig zu erfassen. Dann die gesetzgebende Gewalt, da drei Parlamentarier im Ausschuss sitzen werden, davon zwei Abgeordnete der deutsch-französischen Versammlung (ich gehöre dazu). Und schließlich die Exekutive auf lokaler Ebene: Auf der französischen Seite die Region Grand Est, die Europäische Gebietskörperschaft Elsass (CEA) und die Eurometropole; auf deutscher Seite, der Bund und die Länder, das Ganze innerhalb eines Aufbaus, der für das jeweilige Land spezifisch ist, aber der bewirken soll, dass alle diese Entscheidungsbefugnisse und diese Köpfe sich auf der richtigen Ebene befinden und den Problemen am nächsten sind. Wir wetten, dass wenn jene Instanzen, die den Problemen am allernächsten stehen, sagen werden: „Die beste Lösung besteht in der Änderung dieser oder jener Rechtsvorschrift, das Gesetz fortzuschreiben oder diese Aktion zu starten, niemand in Paris oder Berlin behaupten werden kann, dass seine Betrachtungsweise besser ist, als die derjenigen, die mit Sachverständnis die Situation vor Ort ergründet und sich bemüht haben eine gute Lösung auszuarbeiten.

Schon als ich meinen Bericht über den Aachener Vertrag schrieb (und dabei mit der damaligen Ministerin Nathalie Loiseau arbeitete) hatte ich dieser logischen Schlußfolgerung einen hohen Wert beigemessen, denn ich war mir bewußt, dass es schwierig ist, jemandem zu erklären, was Europa sein soll, wenn man in sinnlose Problemstellungen verstrickt ist. Ich greife oft zu Beispielen, die Ihnen bekannt sind, aber die ich in Paris oft erwähne und dabei Überraschung verursache. Wenn ein Deutscher in Kehl sich in eine Französin in Straßburg verliebt und ihr einen Strauß Blumen zukommen lassen will, muss er sich, um den Kaufvertrag mit dem Blumendienst auszufüllen, mit dem Informationssystem der entsandten Arbeitnehmer abgeben. Sollte er so verliebt sein, dass er am nächsten Tag wieder einen Strauß Blumen schicken will, so muss er das mit einem anderen Blumenboten und einer neuen Erklärung wiederholen. Ich erzähle auch, wie in deutsch-französischen Kitas, eine französische Kindergärtnerin nicht mit deutschen Kindern allein sein darf, weil sie nicht den richtigen Abschluß besitzt und andersherum ist es genauso, denn sollte etwas passieren, hätte man ein Problem. Ich erkläre auch, dass die Marathonläufer in ihrem Parcours nicht über die Kehler Brücke dürfen, weil in Frankreich ärztliche Bescheinigungen zur Pflicht sind, aber nicht in Deutschland, sodass der deutsche Veranstalter nicht eine ganze Organisation einrichten wird, nur weil ein Mal die Brücke in die eine Richtung passiert wird und nach ein paar Kilometern wieder in die andere Richtung. Diese Beispiele hören sich vielleicht wie Anekdoten an, aber Sie wissen, wie wichtig das alles ist, allein schon wirtschaftlich gesehen und wie dringend Lösungen herbeigeführt werden müssen. Die Eurodistrikte, Sie selbst und all diejenigen, die sich für die deutsch-französische Sache interessieren haben eine ungeheure Arbeit geleistet, um diese Anliegen aufzulisten. Die größte Schwierigkeit liegt aber nicht darin, sie zu identifizieren – es sollen etwa 240 an der Zahl sein – sondern sie in die richtige Reihenfolge einzuordnen, eine Lösung dafür zu finden und dran zu bleiben bis die Probleme gelöst sind.

Stellt man folgende Frage an die Eurodistrikte: „Schön, aber wieviele Gesetze und Verordnungen wurden denn in den letzten zehn Jahren geändert aufgrund der Probleme, die Sie nach oben getragen haben?“ muss festgestellt werden, dass so viel wie gar nichts geschehen ist. Weil einfach das Modell sich dafür nicht eignet! Es liegt nicht an mangelnder Kompetenz oder weil man sich im Nachhinein für klüger hält. Es liegt nur daran, dass wenn Sie mit einem Vorschlag kommen, um ein Gesetz zu ändern, wie z.B. in Frankreich, Sie auf ein widersinniges

Problem hinweisen. Man braucht doch eine Gesetzesvorlage, man muss in die Ministerien laufen und Überzeugungsarbeit leisten und die Ministerien haben sich nicht unbedingt das Grenzüberschreitende zur Priorität gesetzt. Wir verfügen also nicht über die Wege, sodass ein Eurodistrikt, der eine gute Idee hätte und überzeugend wäre, die Chance hätte das geeignete gesetzgeberische Gefährt zu finden und den richtigen Zeitpunkt, die richtige Priorität, um den Minister zu erreichen. Also, trotz des guten Willens und trotz der hochwertigen Vorschläge all derjenigen, die sich dafür interessiert haben, lag es m.E. an der notwendigen Struktur, weil diese einfach noch nicht vorhanden war.

Worüber verfügen wir heute? Mit dem Aachener Vertrag, der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung und dem Ausschuss verfügen wir über ein neues Modell, das ein Handeln jetzt ermöglicht. Wie sieht dieses aus? Die Unstimmigkeit zwischen unseren beiden Rechtsordnungen und die uns bekannten Auswirkungen in unseren Grenzgebieten zeigt genau an wo und wie die Mißtöne entstehen und ermöglicht ein Nachdenken über die richtige Lösung. Diese richtige Lösung kann entweder eine lokale Lösung oder eine Harmonisierung bzw. Angleichung unserer beiden Rechtsordnungen sein. Ist es soweit, kehrt man auf die nationale Ebene zurück und befindet sich in völliger Übereinstimmung mit dem Aachener Vertrag, der selbst besagt, dass es das Ziel ist, unsere beiden Modelle zusammenzuführen. In der Tat stellt man dann das Grenzüberschreitende als das auf, was es wirklich ist, nämlich das Versuchslabor für die Konvergenz unserer beiden Rechtsordnungen.

Mit dem Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, der über den Präfekten mit alleiniger grenzüberschreitender Zuständigkeit – der Präfekt des Grand Est - über einen direkten Weg zum deutsch-französischen Ministerkomitee verfügt, über diese Schiene und gemeinsam mit den Abgeordneten die im Ausschuss tagen und seine Arbeiten der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung vorlegen können, haben wir – ich würde sagen zum ersten Mal – eine stimmige Lösung, die konkrete Ergebnisse ermöglicht, so konkret, dass sie sich in Gesetzen oder Vorschriften niederschlagen können.

Abschließend vielleicht noch drei Aussagen, wenn Sie gestatten, liebe Claudine. Was soll man daraus machen? Meiner Ansicht nach wurde in zwei Jahren ein wirksames Modell geschaffen, das ich soeben kurz umrissen habe, ein modus operandi, der gezielt und pragmatisch auf die Alltagsärgernisse hinweist, aber auch auf die Projekte. Diese habe ich noch nicht erwähnt, aber es wurde am Beispiel der Straßburger Straßenbahn gezeigt wie kompliziert grenzüberschreitende Vorhaben sich in der Ausführung gestalten und dass es nicht so sehr an der Zusammenarbeit oder am guten Willen liegt, sondern vielmehr an den einzelnen Vorschriften. So wie man sich im Ausschuss mit den Alltagsärgernissen befaßt, so befaßt man sich auch mit der Bearbeitung nicht etwa der eigentlichen Projekte, sondern mit der Bearbeitung der Vorschriften. Ich sprach in meinem Bericht von einer möglichen Zusammenarbeit, die ich herbei wünsche, zwischen Straßburg der Eurometropole und Karlsruhe auf dem Gebiet der Zukunftsindustrie. Will man wirklich gewissen Kompetenzen zwischen einer Eurometropole wie Straßburg und einer Stadt wie Karlsruhe zusammenlegen, stößt man sich an äußerst schwierigen Problemen für die es keine Lösungen gibt, wenn nicht ein flexibler und handlungsfähiger Ausschuss eingreift und das nach oben trägt, was die Mandatsträger, die sich auf lokaler Ebene bemühen ihre Vorhaben durchzuführen, ihm vorlegen.

Wir haben es also mit einer Struktur und einer Steuerung zu tun, die sehr auf Projekte und ganz konkrete Alltagsfragen ausgerichtet sind. Wir haben auch eine gewisse Sichtweise über die deutsch-französischen Beziehungen. Ich finde es sehr amüsant, dass wir Franzosen oft vom

„deutsch-französischen Paar“ sprechen, weil wir wahrscheinlich unverbesserliche Romantiker sind; die Deutschen sprechen vom „deutsch-französischen Motor“; das sagt viel aus über unsere jeweiligen Kulturen. Der Grundgedanke ist aber, dass dieses Tandem heutzutage wirklich eine Rolle zu spielen hat. Das trifft hier für die Betrachtungen am Oberrhein zu, genauso wie mit unserem Schweizer Partner, aber es gilt auch für die gesamte EU. Im Zustand in dem sich die EU derzeit befindet, glaube ich zutiefst, dass das, was mit 27 Mitgliedstaaten nicht möglich ist und wahrscheinlich mit 19 zu spät ist, mit einem starken deutsch-französischen Motor eine Impulsmöglichkeit bietet, denn dieser könnte gerade bei den *Konvergenzzielen* vielleicht mehr erreichen. Was z.Zt. im Hinblick auf die Konvergenz der Besteuerungsgrundlagen zwischen Frankreich und Deutschland tut, kann nicht unter 19 oder 27 Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der Einstimmigkeit in Steuerfragen entschieden werden. Aber es könnte sehr wohl von Frankreich und Deutschland eingeleitet werden und dann würde eine Reihe von Ländern sich hinzugesellen.

Mit paralleler Konvergenz bezeichne ich das Vorgehen von Staaten, die sich an der deutsch-französischen Achse orientierend dafür entscheiden einen Schritt weiter zu gehen als Vorreiter im Konvergenzprozess, vor allem bei der Eurozone. Alle Studien zeigen es und ich hatte meine Tätigkeit mit einem Bericht für den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten über die Zukunft der Eurozone begonnen. Ich darf es in Erinnerung rufen, dass die Eurozone Konvergenz zum Ziel hat (Konvergenz ist in aller Munde), aber sich in Wirklichkeit durch Divergenz auszeichnet, da die Länder der Eurozone heute stärker auseinandergehen als zum Zeitpunkt als sie die Eurozone ins Leben gerufen haben. Dabei weiß man, dass es für Länder mit einer einheitlichen Währung, die von einander mehr und mehr abweichen, keine Lösung geben kann. Wir müssen uns also wieder auf Konvergenzimpulse besinnen, wobei ich fest überzeugt bin, dass die deutsch-französische Achse schon über eine Teillösung verfügt.

Zum Schluß möchte ich sagen, dass alles was wir in zwei Jahren aufgebaut haben nur Sinn macht und nur von Bestand und Nutzen sein wird, wenn wir es uns ganz zu eigen machen. Selbstverständlich muss Ihr Gremium im Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit vertreten sein. Selbstverständlich müssen wir alle so klug sein unsere Arbeiten zusammenzulegen damit wir einen gegenseitigen Nutzen daraus ziehen können.

Und vielleicht noch ein letztes Wort an unsere Schweizer Freunde gerichtet: Sie wissen, dass wenn man in Europa von der deutsch-französischen Sache spricht, das immer ein etwas heikles Thema ist. Der Präsident der Kommission hatte einen schönen Spruch am Tag der Unterzeichnung des Aachener Vertrages, als die Bundeskanzlerin gerade von der Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sprach. Sie sagte sogar, dass von allem im Vertrag von Aachen, der Teilbereich über die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am zielstrebigsten sei. Der Präsident sagte also etwas, was mich tief beeindruckt hat: „Wenn Frankreich und Deutschland sich einig sind, irritiert das manche. Aber wenn Frankreich und Deutschland sich uneinig sind, machen sich alle Sorgen.“ Ich glaube, dass diese Worte sehr zutreffend sind. Wir sollten den deutsch-französischen Motor nicht abstrakt betrachten, sondern als einen Elan, eine Chance Europa wieder den Antrieb zu verleihen, den wir benötigen und den Europa benötigt. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Frau GANTER:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ein sehr interessanter Vortrag. Möchte jemand eine Frage stellen, etwas ergänzen oder ein Beispiel bringen?

Herr Matthias ACKERMANN:

Vertreter des Landkreises Südliche Weinstraße. Ich wollte mich eigentlich erst später melden, bei der Kommission Kultur, Jugend, Bildung, Sport. Sie haben aber sehr plastisch ausgeführt, wie wichtig die Sprachvermittlung als Grundlage jeglicher Zusammenarbeit ist und deswegen möchte ich mich schon melden.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus der Praxis bringen. Ich bin Ortsbürgermeister einer kleinen Ortsgemeinde mit einer eingruppigen Kindertagesstätte. Im Land Rheinland-Pfalz gibt es das Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“. Es war bis dato so, dass dieses Programm mit 60% Zuschuss gefördert wurde. Den Rest mußten sich der Landkreis und der jeweilige Träger teilen. Nun ist es so, dass davon fünf Stunden in der Woche an Französischunterricht – durch in der Regel Muttersprachlerinnen – bezahlt werden konnten. Nun ist es so, dass das Land Rheinland-Pfalz ein neues Kindertagesstättenzukunftsgesetz beschlossen hat, wonach diese Förderung komplett entfällt. Das heißt, das Land stellt den einzelnen Gemeinden ein Budget zur Verfügung und davon sollen alle zusätzlichen Arbeiten und Leistungen erbracht werden. Nun ist es so, dass in der Regel die Kommunen unterfinanziert sind d.h. es sind sog. freiwillige Leistungen und bei defizitären Haushalten würden diese im konkreten Fall von der jeweiligen Aufsicht nicht mehr genehmigt werden.

Deswegen habe ich hier in diesem ORR die große Bitte, dass man nach Lösungen sucht, wie man dafür Sorge trägt, dass dieses Programm nicht ersatzlos entfällt, – es wäre in der Tat der Fall – und nur die Gemeinden, die über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, das auf freiwilliger Basis zahlen könnten. Von diesem Budget, das wir vom Land zur Verfügung gestellt bekommen, ist das definitiv nicht zu finanzieren.

Deswegen die große Bitte – es wäre mir ein Herzensanliegen – dass man von Seiten des ORR, bzw. der jeweiligen Kommission Kultur, Jugend, Bildung und Sport eine Resolution erarbeitet, gerichtet an das Land, damit die Finanzierung weiterhin gesichert bleibt.

Wenn wir an der Stelle anfangen zu sparen, bei den Kleinsten der Kleinen, wo die Sprachvermittlung sehr einfach möglich, spielerisch und nachhaltig ist, machen wir uns alle irgendwie unglaubwürdig. Das ist ganz entscheidend. Es ist mir ein Herzensanliegen. Ich würde wirklich darum bitten, dass wir uns als ORR klar positionieren. Vielen Dank.

Herr WASERMAN:

Was Sie hier sagen scheint mir von grundlegender Bedeutung. Wir fallen in unserem Land ins andere Extrem, wenn ich das so sagen darf. Ich werde Ihnen zwei Erlebnisse erzählen.

Ich war Bürgermeister in einem Dorf und meine zwei Töchter gingen dort in die Schule. In unseren Dörfern fängt man bereits im Cours préparatoire im Alter von 6 bis 7 Jahren mit dem Deutschunterricht an. Es könnte früher geschehen, aber immerhin fängt man mit 7 Jahren an, Deutsch zu lernen. Als meine Töchter vier Klassen weiter waren, war ich immer noch erstaunt, wie schlecht sie im Fach Deutsch waren. Dabei waren es sonst gute Schülerinnen. Aber dann habe ich es verstanden! Zwei Dinge habe ich verstanden und als Mandatsträger erlebt. Das Dorf ist klein und so befindet sich die Schule im Rathausgebäude. Eines Tages, als ich mich mit dem Deutschlehrer unterhielt, – Passen Sie jetzt gut auf! – mußte ich feststellen, dass dieser nie ein Wort Deutsch gesprochen hatte bevor er meinen Töchtern Unterricht erteilte. Ich wiederhole es, denn es klingt unglaublich. Er hatte einen Kurs mit Videos über sich ergehen lassen nach dem Motto „Wie unterrichtet man Deutsch, wenn man kein Deutsch spricht“, aber er hatte

nie Deutsch gesprochen, bevor er meinen Töchtern Deutschunterricht gab. (*Lachen im Saal*). So etwas kann man doch nicht aus dem Ärmel schütteln! Deshalb habe ich in meinem Bericht gefordert, dass die Gebietskörperschaften die Zuständigkeit für den Sprachenunterricht erhalten. Als Dorfbürgermeister hätte ich dann den Präsidenten des Departement-Rates angerufen und ihm gesagt: „Höre bitte sofort mit solchen Dummheiten auf, das ist nicht auszuhalten!“ Vor allem, wenn man bedenkt, das sich in der Nachbarklasse eine zweisprachige Lehrerin befand! Meinen Sie, dass man diese beiden Lehrer zwei Stunden pro Woche ausgetauscht hätte, damit sie Deutsch unterrichten könnte, während er Mathe übernommen hätte? Niemals. Jede Klasse hat doch ihr eigenes pädagogisches Projekt. Da ist alle Mühe vergebens. Hätte man solche Bereiche den Gebietskörperschaften übertragen, hätte ich ein richtiges Gespräch führen können, aber mit der *Éducation Nationale* ist so etwas unmöglich, unmöglich! Wie gesagt, ich bin zutiefst von der Aufgabe der Gebietskörperschaften überzeugt.

Einen zweiten Punkt möchte ich hervorheben. Acht Jahre lang habe ich an allen Sitzungen des Schulrates teilgenommen. (Wenn Sie Bürgermeister in einem Dorf sind, ist das einem Priesteramt vergleichbar, allerdings sehr lehrreich.) Jedes Jahr sagte ich zu Anfang des Schuljahrs (am Ende haben sie mich auf den Arm genommen): „Ich erinnere daran, dass ich Euch die Busreise zahle, wenn Ihr nach Kehl fahren wollt, um mit einer deutschen Klasse zu spielen, denn das ist nur 20 bis 30 Min. von hier entfernt. Und da Eure Kinder Deutsch lernen, wäre es doch ganz nett, wenn sie sich für einen Nachmittag auf einem Spielplatz mit deutschen Kindern treffen könnten, gerade so zum Picknicken.“ Mehr nicht, und doch ist es in acht Jahren nie zustande gekommen. Wegen der Haftpflicht und der Verantwortung, weil es zu kompliziert gewesen wäre usw. Gemeint ist nicht, dass die Gebietskörperschaften alles besser wüßten; sie sind aber schon für Kultur- und Jugendpolitik zuständig und insofern würde es näher liegen. Die Verbindungen zwischen den Kindern könnten auf einfache und natürliche Weise entstehen.

Wir befinden uns also in einer ganz anderen Situation, aber der Zweck ist derselbe, weil das Lehren der Nachbarsprache für Regionen wie die unsrigen natürlich ein ganz wichtiger Bestandteil für Kultur, Wirtschaft, Arbeitssuche und Zusammenarbeit ist. Ich meine, dass alles was mehr Finanzmittel gestattet, (wir waren noch längst nicht so weit, sondern erst bei der Steuerung angelangt) von Nutzen sein wird. Ich weiß nicht, ob Ihnen das bewußt ist, aber für die Europäische Gebietskörperschaft Elsass ist dies eine Premiere in der Geschichte Frankreichs. Zum ersten Mal werden die Gebietskörperschaft vom Bildungsministerium, der sog. *Éducation Nationale*, verlangen können, das es Rechenschaft – jawohl, Rechenschaft – ablegt über die Art und Weise, wie es den Deutschunterricht gestaltet und sie werden auch an der Festlegung der Fremdsprachenstrategie mitwirken können. Der Mangel an Deutschlehrern ist katastrophal. Als meine Töchter, Margot und Eloïse in der Sekundärstufe 1 waren, fiel die Hälfte bzw. 50% des Deutschunterrichts aus, und das in Truchtersheim! Ich schaue zu meinem Freund Étienne, der den Sachverhalt gut kennt. Man nehme doch einfach einen deutschen Studenten oder eine Studentinnen, die sich etwas Taschengeld verdienen wollen, und sie unterhalten sich mit den Jugendlichen über den jüngsten Film in dieser Woche. Ob die Jugendlichen dabei den 3. oder den 4. Fall richtig setzen oder nicht, ist nebensächlich. Hauptsache, sie reden! Sie geben ihnen somit Lust an der Sprache, Lust sich mit netten Deutschen zu unterhalten! Aber nein, es mußte die Hälfte des Deutschunterrichts ersatzlos gestrichen werden.

Die Summe dieser Feststellungen hat mich davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist und dass die Ebene stimmt, wenn die Gebietskörperschaften mit der Fremdsprachenstrategie betraut werden, (natürlich Hand in Hand mit den Vertretern der *Éducation Nationale* ohne die nichts unternommen werden kann). Damit werden zwar noch nicht alle Probleme gelöst, aber es wird meiner Meinung nach ein wesentlicher Fortschritt erzielt.

Herr Vincent DEBES:

Ich möchte Sylvain als Vorsitzender der Bürgermeister-Vereinigung des Departements Bas-Rhin darauf antworten. Es ist schön zu wollen. Ich hatte das Glück zu können und zwar konnte ich hier im Jahr 1972 im Lyzeum Fustel de Coulanges in den ersten sog. europäischen Klassen Unterricht in mehreren Fächern auf Französisch, Deutsch und Englisch genießen durfte. Ich bin völlig zweisprachig; das ist auch mit der Familiengeschichte verbunden, mit der Elsässischen Mundart, mit den Großeltern, dann den Eltern usw.

Ich möchte also sagen, dass das alles eine sehr gute Sache ist, aber gleichzeitig den Vizepräsidenten der Assemblée Nationale auf Folgendes aufmerksam machen: es ist gut, wenn den Gebietskörperschaften bestimmte Zuständigkeiten übertragen werden, auch auf anderen Gebieten, – aber es fehlen häufig die damit einhergehenden Mittel. Ich mache deshalb darauf aufmerksam, denn meine Kollegen sind zusätzlich für die Lehrkräfte zuständig, sei es in den Volksschulen oder in den Schulen der Sekundärstufe 1. Dabei liegt es doch in der Verantwortung des Ministeriums, also des Staates und der Regierung, eine ausreichende Zahl an Lehrern, auch an Deutschlehrern, zur Verfügung zu stellen. Dafür sind wir bislang nicht zuständig. Meine Aussage hat nichts mit der derzeitigen Regierung zu tun, denn das ist schon lange so. Man sollte also die Mittel und die staatliche Verantwortung nicht aus dem Blick lassen.

Herr WASERMAN :

Das stimmt. Wir treiben hier keine Politik, aber doch ein bißchen. Ich bin überzeugt, dass Du als Bürgermeister nicht ohne Zufriedenheit zur Kenntnis genommen hast, dass zum ersten Mal in zweieinhalb Jahren, die allgemeine Mittelzuweisung nicht verringert wurde, obwohl diese effektiv seit zehn Jahren am abnehmen war. Präsident Macron hat sein Versprechen gehalten, die Mittel nicht zu kürzen. Aber in der Tat, die Übertragung einer Zuständigkeit ist ein wahrer Fall der Dezentralisierung. Sie wissen, dass ein Gesetz im Kommen ist, das sog. 3D Gesetz mit dem Begriff der territorialen Differenzierung. Genau das stand am Ursprung der Europäischen Gebietskörperschaft Elsass und der Dezentralisierung. Als ehemaliger Bürgermeister kann ich dir nur zustimmen.

Herr Dr. Frank MENTRUP:

Herr Vize-Präsident, lieber Sylvain WASERMAN, ich möchte mich erst ganz herzlich bedanken für das Engagement das hier von den 8 deutschen und 8 französischen Parlamentariern gezeigt wird. Sie versuchen in einer neuen Form der grenzüberschreitenden politischen Zusammenarbeit sich der ganzen Spannungsthemen anzunehmen, die im Moment das deutsch-französische Zusammenleben erschweren. Ich sehe darin einen ganz großen Fortschritt des Aachener Vertrages, dass durch ein solches Gremium zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben wird, sich dieser Dinge ganz konkret anzunehmen. Ich bin auch sehr dankbar, dass es dazu eine vorbereitende Sitzung in Straßburg beim Präfekten gab, in der auch die Eurodistrikte, die Bundesländer, die Regionen und die jeweiligen Ministerien der Nationen beteiligt waren. Hier haben wir ja auch die von Ihnen angesprochene Geschäftsordnung diskutiert.

Ich finde, es paßt, auch wenn es vielleicht im Moment nicht so gut klingt zur Diskussion, die wir eben gehabt haben, dass ich die für mich drei wesentlichen Ergebnisse dieser Konferenz in Straßburg einbringe. Ich glaube, dass dieser neue Ausschuss der neuen parlamentarischen Versammlung auf keinen Fall in der Diskussion stehen bleiben soll: „Sind Sie überhaupt zuständig für ein Thema oder sind Sie nicht zuständig?“ Wir merken, dass sobald wir mit einem konkreten Beispiel anfangen, wir ganz schnell in die Zuständigkeitsdiskussion kommen. Ich bin

mir sicher, diese neue Versammlung kann jahrzehntelang tagen und nur miteinander diskutieren, wer überhaupt zuständig ist und ob Sie denn überhaupt zuständig sind. Mein Wunsch wäre, dass diese neue Versammlung das Selbstbewusstsein hat zu sagen: „Wir sind erst mal für alles zuständig, was uns als Problem benannt wird. Wir nehmen uns das Recht heraus, zu jedem dieser Probleme eine Empfehlung auszusprechen, welche nachgeordneten Institutionen eine Lösung herbeiführen müssen oder, – und das ist ja das Neue am Aachener Vertrag – eine Art Konversionsgebiet zu definieren, wo man auch mal eine Sonderlösung herbeiführen kann“. Das wäre mein erster Wunsch, dass es keine Diskussion gibt, über das womit man sich beschäftigt oder nicht. Man beschäftigt sich mit allem und spricht eine klare Empfehlung aus.

Mein zweiter Wunsch wäre, dass alle nachgeordneten Institutionen, der Bundestag, die Assemblée Nationale, die Länderparlamente, wer auch immer, diese Empfehlungen aus dieser grenzüberschreitenden Versammlung prioritär behandeln und nicht sagen: „Wir haben schon zwanzig eigene Tagesordnungspunkte aus unserer nationalen Gesetzgebung und jetzt kommen noch fünf Empfehlungen von diesen grenzüberschreitenden Verrückten hinzu, die in einer eigenen Versammlung sitzen“, sondern im Grunde genommen muss das immer prioritär behandelt werden, sonst gibt es keine Ergebnisse für diese Versammlung. Das wäre auch etwas wofür wir alle eintreten müssen, dass das auch bei uns in unseren Gebietskörperschaften ernst genommen wird ; dass auch in meinem Stadtrat ernst genommen wird, wenn wir die Empfehlung aus diesem Ausschuss erhalten etwas zu ändern; dass unser Bundestag das prioritär behandelt; dass unsere Länderparlamente das prioritär behandeln.

Mein drittes Ergebnis aus dieser vorbereitenden Sitzung in Straßburg ist Folgendes. Es gibt doch einen ganz großen Wunsch, dass diese Versammlung Geld für grenzüberschreitende Projekte verteilen soll. Das ist sehr verlockend, weil es für Politiker immer schön ist, Geld zu verteilen und anschließend schöne Fotos von der Geldübergabe zu machen. Ich finde aber, die Bedeutung dieses Gremiums ist nicht neue Fördermittel zu verteilen, sondern grenzüberschreitende Probleme des Alltags möglichst gut zu lösen.

Deshalb bitte ich Sie und Ihre Kollegen in der Assemblée Nationale nicht dieser Verlockung zu erliegen quasi eine neue Fördergeldverteilstelle zu sein, sondern gemeinsam mit uns auf nationaler, Länder- und kommunaler Ebene mit unseren Parlamenten konkrete Lösungen zu finden. Die Menschen brauchen gewiss zusätzliche Fördermittel. Sie brauchen aber auch eine Lösung, um einen Fleurop-Auftrag zur französischen Geliebten nach Straßburg durchzubringen ohne A1-Bescheinigung im Rucksack.

Herr Dr. Christof SCHNAUDIGEL:

Ich möchte gerade die Diskussion und den Einwand von Herrn MENTRUP nutzen, um auf unsere Resolution hinzuweisen, denn darin wollen wir gerade als ORR auch in diesem Ausschuss eine aktive Rolle und nicht nur einen Beobachterstatus haben, denn all diese Probleme, – wir könnten den ganzen Vormittag und wahrscheinlich auch den Nachmittag damit verbringen weitere Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu diskutieren –, die Sie sehr treffend beschrieben haben, die gehören aber in diesem Ausschuss diskutiert.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass der ORR, der bereits eine Tradition hat, gerade diese Probleme zu suchen und bislang immer wieder nur in Resolutionen versucht, diese in die Diskussion zu bringen, die in diesem gemeinsamen Ausschuss mit den Parlamentariern zu diskutieren

Deshalb, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass nicht nur die Eurodistrikte, sondern auch der ORR darin vertreten werden, sonst laufen wir ein Stück weit Gefahr, dass dieser Ausschuss mit der Zeit vielleicht so etwas wie eine zweite deutsch-französische Regierungskommission o.ä. wird, – das haben wir schon genug. Wir brauchen wirklich die Diskussionen mit Ihnen und das sind ja „Élus“ die eben auch die Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vor Ort kennen.

Herr Daniel ADRIAN:

Sehr geehrter Herr Abgeordnete, Sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber Sylvain, ich möchte das, was mein Kollege Herr SCHNAUDIGEL gerade angesprochen hat, ergänzen. Es ist das erste Mal, dass ich Sie hören konnte (ich komme aus dem Süden des Elsass) und habe mich gefreut, über die Themen, die sie behandelt haben. Ich stimme bei dieser Problemstellung mit meinem Kollegen Christoph SCHNAUDIGEL völlig überein.

Wir befinden uns hier im Oberrheinrat und haben somit Instanzen im Rücken wie die ORK in denen wir fleißig arbeiten. Wir wollen tatsächlich nicht bei Feststellungen stehen bleiben, sondern Fortschritte machen. Daran sind wir am meisten interessiert. Es schmerzt oft, wenn man einsehen muss, dass die Jahre vergehen, wir in den Kommissionen arbeiten und Resolutionen verabschieden, aber doch nichts geschieht. Wenn wir mit Ihnen wirklich in diesem Ausschuss zusammenarbeiten könnten, käme unser Ziel endlich in Reichweite.

Ein letzter Punkt. Sie haben in Ihrem Vortrag die Schweiz erwähnt. Wir sind trinational, das liegt auf der Hand. Der Vertrag von Aachen erstreckt sich über zwei Länder, aber vergißt dabei nicht die Schweiz. Für uns ist es äußerst wichtig die Schweiz in ihrer Gesamtheit mit ihren Kantonen mitzuberechnen. Diese haben Befugnisse, - was uns fehlt, auch wenn Sie es vorhin nicht zum Ausdruck gebracht haben. Wir haben von Zuständigkeiten und von vielem anderen gesprochen, aber wenn keine Machtübertragung erfolgt, nützt uns das nicht viel.

Ich bin ebenfalls Bürgermeister und von Folgendem fest überzeugt: Im Süden unseres Elsass haben wir die Infobest. Diese sind m.E. am besten mit den Alltagsängsten der Bevölkerung in unseren drei Ländern vertraut. Könnten Sie sich auch, Herr Abgeordneter, lieber Sylvain, sich den Infobest zuwenden, allen voran dem Infobest Palmrain im südlichen Elsass, das wirklich über die grenzüberschreitenden Probleme und Hürden genauestens Bescheid weiß. *Tausende* von Menschen wenden sich an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Infobest, erstens weil diese äußerst fähig und zweitens trinational sind, denn sie stammen aus allen drei Ländern. Das wäre mein Appell als reine Ergänzung!

Herr WASERMAN:

Vielen Dank, Daniel. Meiner Meinung nach ist der Punkt, den Sie erwähnt haben, Frank, der ausschlaggebend für die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung. Zunächst wollte man die Präsidenten der beiden Versammlungen, Herrn Wolfgang SCHÄUBLE und Herrn Richard FERRAND als Co-Präsidenten der Deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung haben. Das war für uns eine maßgebliche Entscheidung. Man kann sich nämlich nicht vorstellen, dass sie gemeinsam in einer Versammlung tagen, die etwas verabschiedet und danach in ihren Nationalparlamenten keine Rücksicht darauf genommen wird. Wie Sie es mit Recht betont haben: Wir dürfen uns nicht fürchten voran zu gehen. Dabei gehen wir mit konkreten Vorschlägen voran, indem wir unsere jeweilige Position mit beiden Hauptstädten abstimmen und festigen. Und ich darf Sie beruhigen: Es werden keine Mittel verteilt. Wir werden uns nur

mit Rechtskonvergenz und Problemlösung beschäftigen. Sie haben aber den Nagel auf den Kopf getroffen.

Es spielt sich alles um den Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Als wir unser informelles Treffen hatten, habe ich am Anfang der Sitzung das Wort ergriffen und gesagt: „Ich nehme an, wir sitzen alle hier an einem Tisch mit der gleichen Sichtweise. Wenn es darum gehen soll ein weiteres Gremium zu schaffen, das über Themen debattiert und Probleme feststellt, kommen wir zu nichts. Darüber waren wir uns einig. In der kommenden konstituierenden Sitzung wird ein jeder von uns vier oder fünf Alltagsärgernisse vorlegen, die sofort in Angriff genommen werden sollen. Anstatt sich dabei zu erschöpfen, um herauszufinden wer sich mit wem und zu welchem Zweck zusammenschalten muss, lasst uns zu konkreten Ergebnissen kommen.“ Meine Aussage war: „Wenn man in einem Jahr beurteilt wird, ob unser ganzes Drum und Dran einen Nutzen hatte, wird man lediglich fragen: Wieviele Probleme, die in den letzten zehn Jahren keine Lösung gefunden hatten, haben Sie in einem Jahr (ggf. in 18 Monaten da manches länger braucht) gelöst? Das ist der Maßstab an dem der Erfolg unserer Instanz, insbesondere des Ausschusses, gemessen wird!

In der Parlamentarischen Versammlung ist der Lauf der Dinge etwas langsamer, denn die Parlamentsfristen sind länger. Aber es ist genauso wichtig. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich weiß nicht, ob Ihnen das bekannt ist, – ich habe es entdeckt, als ich zur Assemblée Nationale kam – und zwar, wenn Frankreich und Deutschland eine EU-Richtlinie aufgleiche Weise umsetzen ist das ein reiner Zufall! Denn nichts spricht dafür, dass so etwas passiert. Können Sie mir erklären, warum die Umweltplaketten unterschiedlich sind? Die beiden Regierungen schauen sich das an, setzen es in ihr jeweiliges Nationalrecht um, indem sie sich nach ihrem Zeitplan und ihren bereits bestehenden Gesetzen richten, besprechen es mit ihren Beamten. Aber reden nicht einmal miteinander! Sie rufen sich nicht einmal an, um zu fragen: „Wie machst Du das eigentlich? Vielleicht könnten wir auf gleiche Weise vorgehen.“ Natürlich steht es ihnen immer zu, die Richtlinie anders umzusetzen, wenn die Rechtsordnung es erfordert. Aber in 90% der Fälle ist es gar nicht notwendig. Es wäre doch klüger wenn beide Regierungen das auf gleiche Weise umsetzen würden, dann müßte man sich nicht den Kopf zerbrechen, wie man nach Kehl fahren kann ohne Bußgelder zu zahlen. Das ist doch alles aberwitzig!

Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung wird sich mit den laufenden Geschäften und den bereits bestehenden Problemen befassen. Die laufenden Geschäfte sind die neuen Richtlinien von der EU und deren Umsetzung (mit Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bevölkerung) und der Bestand, das sind die Projektthemen, bei denen ich weiß, dass sie viel Zeit beanspruchen werden, aber dazu gehört insbesondere die für unsere KMU wichtige Rechtskonvergenz. Die Zivilgesellschaft hat in dieser Hinsicht einen Vorsprung, vor allem mit der Association Henri Capitant, die hunderte von deutschen und französischen Juristen zählt (ich glaube auch Schweizer und Italiener), die sich bemühen, die Rechtsordnungen anzugleichen, um ein europäisches Gesellschaftsrecht zu schaffen, erst ein deutsch-französisches, dann mit allmählich ausbreitender Wirkung.

Ich denke, wir befinden uns alle mehr oder weniger auf derselben Wellenlänge. Das Ganze wird nur unter zwei Bedingungen Sinn machen. Ich möchte am Ende meiner Amtszeit, wenn ich in zweieinhalb Jahren vor Ihnen stehen werde, sagen können: „Schaut, konkret gesehen, wenn wir das nicht alles getan hätten, wären all diese Dinge gar nicht eingetreten.“ Natürlich bleibt vieles unvollkommen, natürlich werden die Beziehungen zwischen unseren Exekutiven sich immer kompliziert gestalten, aber da greift gerade die Arbeit, die Sie hier tagtäglich vollbrin-

genund die wir als Parlamentarier vollbringen werden. (Ich bin ein Verfechter der parlamentarischen Freiheit, weil diese nicht so zahlreichen Anforderungen und Zwängen untersteht wie unsere Exekutive.) Wir haben diese Freiheit, diese Chance über die Zeit zu verfügen, um Beziehungen aufzubauen und die Dinge weiterzuentwickeln. Ich bin tief davon überzeugt, dass wir die Voraussetzungen für den Erfolg geschaffen haben. Aber das Ganze kann nur funktionieren, wenn die Menschen in diesen Gremien die Kraft aufbringen, die Sie täglich in Ihrer Arbeit entfalten.

Herr FREY:

Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter, es ist gut zu wissen, dass ein Kenner von Grenzregionen in diesem Gremium sitzt. Ich freue mich sehr, neue Partner auf der nationalen Ebene damit gewonnen zu haben, auch mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung.

Wenn Sie sich hier umschaun, sehen Sie fast 25-jährige Erfahrung was grenzüberschreitende Probleme, aber auch Stärken, sind. Auf der regionalen oder kommunalen Ebene sind hier Vertreter, die viele Jahre Erfahrung für diesen Bereich mitbringen. Wie Sie sicherlich gemerkt haben, haben wir versucht auch die nationale Ebene mit unseren Resolutionen zu beschäftigen, indem wir seit diesem Sommer auch Ihrer Versammlung unsere Resolutionen zukommen lassen, sodass die Vernetzung noch besser ist und nicht nur zu den Exekutiven.

Ich schliesse mich vielen Vorrednern an, möchte aber einen Aspekt noch herausarbeiten. Ich denke, dass es wichtig ist, dies im Blick zu behalten: Grenzregionen dienen immer auch dazu, einen Indikator für das europäische Zusammenwachsen darzustellen d.h. wir entdecken zuerst die Probleme, die in Europa auftauchen, aber auch die Schätze, die gegenseitig auf der einen oder anderen Seite der Grenze verfügbar sind, die bisher vielleicht durch nationale Grenzen getrennt sind.

Zudem haben wir die Chance hier speziell, das wir die Schweizer Freunde haben, die nicht der EU angehören, sodass wir einen Multiblick auf dieses Feld haben, was wichtig ist, eben nach Berlin, Paris, aber auch nach Brüssel zu transportieren. Was Sie vorhin angesprochen haben, dass wir die Neuronen zusammenfügen müssen, das ist, denke ich, auch unser Wunsch und wird mein Wunsch als Präsident für das nächste Jahr sein, dass wir die Gremien so zusammenarbeiten lassen, dass die Kommunikation nicht abreißt, sondern, dass sie verbessert wird, damit wir gemeinsam am gleichen Ziel arbeiten können, denn häufig – Sie haben es vorhin toll mit der Bildung beschrieben als das schwierigste Feld, das Sie überhaupt in Europa haben können, weil in der Schweiz die Kantone zuständig sind, in Baden-Württemberg sind für die Schulhäuser die Kommunen, für die Bildungspläne und für die Lehrer das Land zuständig. In Frankreich ist Paris zuständig. ... Nicht nur ? Ok. Aber viel, wie Sie es ausgeführt haben. Deswegen ist es wichtig, hier eng zusammenzuarbeiten, um zu guten Lösungen zu kommen, die wir in den letzten zwanzig Jahren mit unserer Expertise auch schon gefunden haben. Das gilt jetzt mit Ihnen fortzusetzen und ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Herr WASERMAN:

Genau so ist es. Ich glaube, man sollte diese neuen Instrumente, jene neuen Gremien mit Wohlwollen betrachten und alles daran setzen, dass sie gut funktionieren. Wissen Sie, als man sich zu Anfang nach 8 französischen und 8 deutschen Abgeordneten umgeschaut hat, sagte

man sich: Ach, den Elsässer, den werden wir da hin stecken, die deutsch-französische Sache müßte ihn interessieren. In Wirklichkeit sind das Themen, die weder einem Elsässer oder einem Einwohner des Grand Est vorbehalten sind, sondern Themen von landesweiter und europäischer Bedeutung. Als die Parlamentspräsidenten SCHÄUBLE und FERRAND beschlossen haben, den Vorsitz der neuen Versammlung zu übernehmen, war das ein bedeutender Symbolakt. Am Anfang waren die 16 Abgeordneten, die spontan dem Aufruf folgten, zwar mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wohl vertrauter, aber jetzt mit den 50 Abgeordneten aus den verschiedensten Regionen, sind darunter viele Mandatsträger, die nicht unbedingt schon damit vertraut waren. Und das ist ein glücklicher Umstand, weil somit unser Gremium auf der richtigen Ebene angesiedelt ist, mit Verbindung zum Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und landesweiter Ausstrahlung.

Abschließend möchte ich mich entschuldigen, dass ich Ihren weiteren Arbeiten heute Vormittag nicht beiwohnen kann, weil mich andere Verpflichtungen rufen. Ich werde aber gern wieder kommen, um Sie auf dem Laufenden zu halten in Bezug auf die arbeitsmäßigen Fortschritte in jenen Versammlungen. Wir wissen es wohl alle: Das Ausschlaggebende bei solchen Initiativen ist die wohlwollende oder zumindest positive Betrachtungsweise mit der man unsere Zusammenarbeit bewerten wird. Frank sagte es sehr richtig: Wir sind nicht hier, um stundenlang zu erörtern, wer wofür zuständig ist und wie man das abstrakt formulieren könnte, sondern um mit den konkreten Problemen, die schon lange von Ihren Überlegungen, von Ihren Resolutionen und von den Arbeiten des Ausschusses gespeist werden, voranzukommen. Am Ende kommt es nicht mehr darauf an, wer wofür zuständig ist, sondern nur noch darauf: Ist es gelungen, die Probleme und Projekte, die von den Kräften unserer Gebiete getragen werden, an Lösungen heranzuführen?

Frau GANTER:

Ich möchte lediglich Frau ACKERMANN, die Präsidentin der Oberrheinkonferenz begrüßen, die gerade hinzugekommen ist.

Herr Dr. Christian VON WARTBURG:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich bin wirklich von diesem Projekt begeistert, aber wirklich! Es ist ein deutsch-französisches Vorhaben und Sie werden verstehen, dass ich mir langfristig eine trinationale deutsch-französisch-schweizerische Perspektive wünschen würde, wo die Schweizer nicht nur Freunde, sondern auch Partner wären. Ich verstehe, dass dies z.Zt. schwierig ist und es mir nicht zusteht es zu fordern. Aber ich finde, wenn man wenigstens auf Ebene des Oberrheinrats die Stimme des trinationalen Oberrheinrats in Ihren Ausschuss importieren könnte, wäre das eine Chance wenigstens ein kleiner Partner bei diesen trinationalen Problemen zu sein, denn unsere Regionen sind in der Tat trinational. In Basel sind wir gerade dabei eine trinationale S-Bahn zu planen, ein Riesenprojekt bei dem wir uns wirklich mit den Franzosen und mit den Deutschen absprechen müssen, sodass diese S-Bahn einen trinationalen Betrieb aufnehmen kann. Und hier, bei diesem kleinen Problem, hoffe ich, dass uns über den Oberrheinrat eine kleine Möglichkeit gegeben wird, Ihren Arbeiten, die wir selbstverständlich begrüßen, einen kleinen Mehrwert beizufügen.

Herr WASERMAN:

Vielleicht noch etwas ganz Wichtiges für Sie: Als ich mich mit den Präfekten traf, die alle aus Grenzgebieten kamen und sich alle für das Thema interessieren, kam der Gedanke auf aus unserer deutsch-französischen Initiative einen Vorreiter für die Zusammenarbeit in den Grenz-

gebieten mit der Schweiz und mit Luxemburg. Das ist auch für uns im Grand Est ein wichtiges Thema. Fast würde ich sagen „die Avant-Garde einer neuen Vorgehensweise“. Ich denke, wenn das klappt, dann ist der Beweis für ein neues Konzept erbracht. Vielleicht wird dieses eines Tages auf der Grundlage von bilateralen Staatsverträgen oder gar internationalen Verträgen als ein bedeutendes Experiment darstellen. Das ist im Übrigen auch ganz die Sichtweise des Präfekten für grenzüberschreitende Angelegenheiten, – gemeint ist der Präfekt der Region Grand Est –, der es jedesmal zum Ausdruck bringt, wenn er das Wort ergreift. Er vertritt die Ansicht, dass diese deutsch-französische Initiative ein Versuchslabor darstellt, das sobald es sich bewährt hat, ausgedehnt werden soll. Darin liegt eine entsprechende Leistungspflicht.

Frau GANTER:

Vielen Dank, Sylvain, dass Du Dir bei Deinem vollen Terminkalender die Zeit genommen hast zu uns hierher zu kommen.

(Applaus)

Wir müssen jetzt, wenn Sie damit einverstanden sind, die Resolution über die Beteiligung des Oberrheinrats am Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit verabschieden. Gibt es Anmerkungen Ihrerseits? Es scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein, dass sie angenommen wird. Sie ist es also. Vielen Dank. so auch das Schreiben, das wir an Frau Amélie de MONTCHALIN und an Herrn Michael ROTH richten werden.

Ich schlage vor, dass wir nun nach den Resolutionen des Vorstands zu den Arbeiten und Resolutionsentwürfen der Kommission Landwirtschaft übergehen. Wir fangen an mit einem Resolutionsentwurf der Kommission Landwirtschaft.

7. Arbeiten und Resolutionsentwürfe der Kommissionen

7.1. Kommission Landwirtschaft-Umwelt-Klima-Energie

Resolution: „Landwirtschaft und Klimawandel am Oberrhein“

Herr ADRIAN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr gern trage ich Ihnen die Resolution vor, die aus unserer letzten Kommissionssitzung vom 18. November 2019, die wir in Fessenheim abgehalten haben, stammt. Wir haben im Rahmen unserer trinationalen Arbeit in diesem emblematischen Ort, von dem bereits so viel gesprochen wurde, getagt. Der Leiter des Kernkraftwerks, Herr Marc SIMON-JEAN hat uns empfangen und über eine Stunde einen schönen Vortrag über alles Dazugehörige und Zusammenhängende gehalten, aber auch über unseren Energiebedarf und die Funktionsweise in der Zukunft. Was wir hören durften war wirklich eine Bereicherung. Die Zukunft wurde uns auch vor Augen geführt mit der geplanten deutsch-französischen Zusammenarbeit zur Stilllegung des KKW und Fortsetzung des Standortes.

Ich sage das sehr gefaßt aber auch sehr bestimmt mit Blick auf Frau Bärbel SCHÄFER: zunächst wird eine deutsch-französische Zusammenarbeit erforderlich sein und im zweiten Schritt

eine trinationale mit unseren Schweizer Kollegen, da auch sie Energie von diesem Werk erhalten.

Wir haben auch eine Resolution über die Auswirkungen des Klimas, diesmal auf die Landwirtschaft gerichtet, wobei wir wissen und betonen, dass diese längst nicht allein für den Klimawandel verantwortlich ist. Hier nun die wichtigsten Punkte aus dieser Resolution, die Ihnen vorliegt und die ich Ihnen deshalb nicht ausführlich vorlesen möchte:

Erstens haben wir natürlich die Auswirkungen des Klimawandels festgestellt. Es sind Auswirkungen auf die Landwirtschaft, den Weinbau, die eine Anpassung erfordern. Sie werden sich daran erinnern, dass wir im Juni in diesem selben Saal dem Vortrag eines schweizerischen Kollegen beiwohnten, der über die Schäden in den Wäldern sprach. Ein Großteil seiner Ausführungen betrifft uns auch. Die Folgen und Einschränkungen für die Landwirte werden vor Augen geführt. Mit dieser Resolution soll anerkannt werden, dass die Landwirtschaft, trotz ihrer ambivalenten Lage, eine wichtige Rolle beim Klimaschutz spielen kann

Wir begrüßen Initiativen wie den Grünen Pakt der EU, der z.Zt. von der Europäischen Kommission erarbeitet wird. Wir wollen gute landwirtschaftliche Praxis fördern, um den Treibhausgasemissionen zu reduzieren und vor allem um das Klima zu schützen und wir sagen, dass wir für die Unterstützung der Forschung und den Wissensaustausch sind. Das gilt ganz besonders für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Jeder besitzt Erkenntnisse über den Klimawandel und es ist wichtig, diese auszutauschen, um konkrete Anpassungsstrategien, heute für die Landwirte, zu erarbeiten und sie umzusetzen.

Wir wollen außerdem kurze Vertriebswege, die sowohl einen wirtschaftlichen wie auch einen ökologischen Nutzen mit sich ziehen, begünstigen, auch grenzüberschreitend. Es tut sich schon Vieles, aber wir müssen noch an diesem grenzüberschreitenden Austausch arbeiten. Im Südlichen Elsass bestehen bereits besondere Beziehungen, die es den Landwirten und vor allem den Gemüsebauern ermöglichen, ihre Ware auf den Märkten in Basel anzubieten. Das gehört zu den Vorteilen der Nachbarschaft.

Abschließend bitten wir die nationalen Instanzen alle landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere Bio-Betriebe zu stärken, u.a. indem sie Beihilfen für die Umwandlung auf den Ökolandbau fördern und die Klimaleistungen der ökologischen/biologischen Betriebe mit Förderbeiträgen abgelden, wenn eine Abgeltung am Markt eingeschränkt ist. Es muss wirklich alles getan werden, um die Landwirte zu ermutigen ihre Betriebe in Richtung Ökolandbau umzuwandeln. Aufgrund unserer Erfahrungen geschieht das nicht von selbst. Das wäre, Frau Präsidentin, der Schwerpunkt unserer Resolution.

Frau GANTER:

Vielen Dank. Gibt es dazu Kommentare? Sind Sie der Auffassung, dass man die Resolutionen ohne weiteres annehmen kann?

Frau Marie-Hélène DE LACOSTE-LAREYMONDIE:

Nur eine Enthaltung aufgrund von Ziffer 4.

Frau GANTER:

Es ist notiert.

Herr Rüdiger KLOSS:

Vielen Dank. Aufgrund der Tatsache, dass Herr Michael Mann vor dem höchsten kanadischen Gericht eine krachende Niederlage für seine Hockeystickkurve erlitten hat und nicht in der Lage war, valide Daten vorzulegen, stimme ich bei Punkt 4 dagegen. Danke.

Frau GANTER:

Also, eine Enthaltung und eine Gegenstimme. Alle anderen stimmen dafür. Vielen Dank.

Herr ADRIAN:

Abschließend noch: nächste Kommissionssitzung am 30. März 2020, sehr wahrscheinlich im Gebäude von TRUZ in Weil-am-Rhein. Wir werden dann an anderen Themen arbeiten. Lieber Christian, ich habe mir auch Deinen Vorschlag gemerkt in Bezug auf den Lachs, die Wasserwirtschaft und den Rhein. Das gehört zu den Themen mit denen wir uns befassen werden. Ich würde mich freuen, zahlreiche Kommissionsmitglieder bei dieser Sitzung empfangen zu dürfen.

Frau GANTER:

Danke, Daniel. Mit Recht sagst Du „zahlreiche“, da es trotz unserer vollen Terminkalender immer gut ist den fruchtbaren Kommissionsarbeiten beizuwohnen.

Die nächste Resolution haben Sie als Tischvorlage erhalten, sie befand sich also nicht in den Sitzungsunterlagen. Sie betrifft eine mögliche Anerkennung der französischen und deutschen Umweltplaketten.

7.2. Kommission Verkehr-Raumordnung-Katastrophenhilfe

Resolution: „Eine gegenseitige Anerkennung der deutschen und französischen Umweltplaketten am Oberrhein ist möglich - ein aktuelles Gutachten zeigt Wege auf“

Dr. Lioba MARKL-HUMMEL, Senior-Projektmanagerin, Eurodistrikt Straßburg-Ortenau

Herr SCHNAUDIGEL:

Bevor ich zur Resolution kommen, vielleicht zuerst einige kurze Worte zur Arbeit in der Kommission. Wir haben uns u.a. mit den Problemen des Niederwasserstandes und den Auswirkungen auf die Binnenschifffahrt beschäftigt.

Wir haben uns natürlich auch dem Problem der Missing Links angenommen, das auch Frau Regierungspräsidentin der ORK beschäftigt hat, weil wir derzeit mit den Äußerungen beider Regierungen nicht zufrieden sind, was die Aufnahme dieser Missing Links, also der Strecken Freiburg-Colmar, Rastatt-Hagenau in das europäische TEN-V Netz betrifft, weil wir da Nachholbedarf sehen. Ich bin auch sehr froh, dass es uns wohl gelingt, ein gemeinsames Schreiben von ORK und ORR – das im Entwurf vorliegt – auf den Weg zu bringen, weil ich denke, wir sollten, sowohl ORK wie ORR, nicht nachlassen. Es ist ja nicht ein reines Verkehrsprojekt, sondern es hat auch eine grenzüberschreitende Dimension, die leider in den Verkehrsministerien teilweise nicht so gesehen wird. Deshalb arbeiten wir. Das Schreiben ist da und wird hoffentlich dieses Jahr noch herausgehen.

Wir haben uns noch insbesondere auf Wunsch der französischen Seite mit den Eisenbahnverbindungen und den Binnenschifffahrtswegen aus dem Oberrheingebiet in Richtung Mittelmeer und Südeuropa beschäftigt. Da gibt es schon eine Resolution unserer Seite. Wir haben aller-

dings von der französischen Regierung bislang noch keine Antwort auf diese Resolution bekommen, die sich besonders an die französische Regierung richtet. Wir haben uns vorgenommen, abzuwarten und ggf. dieses Thema, also besonders die TGV-Verbindung in Richtung Rhein-Rhône-Raum eventuell in einer der nächsten Kommissionen auf die Tagesordnung zu bringen.

Nun zum Resolutionsentwurf. Eine gegenseitige Anerkennung der deutschen und französischen Umweltplaketten ist möglich. Es gibt ein aktuelles Gutachten. Ich darf ganz herzlich Frau MARKL-HUMMEL vom Eurodistrikt Ortenau begrüßen. Wir haben ja schon mal eine Resolution zu diesem Thema verabschiedet und daraufhin eine oder zwei lapidare Ablehnungen erhalten, nach dem Motto „Da ist einfach überhaupt nichts möglich.“ Deshalb waren wir sehr dankbar über die Initiative des Eurodistrikts Ortenau, der gesagt hat: Dann lass uns das doch mal prüfen, ob nicht rechtlich etwas möglich ist. Wir wollen mit dieser Resolution einfach die Regierungen zwingen, dass sie sich mit diesem rechtlichen Gutachten auseinandersetzen, also den Ball ein Stück weit zurückspielen, denn es kann eigentlich nicht sein, dass aus einer europäischen Richtlinie nachher solche unterschiedliche Regelungen in der Praxis entstehen, die das grenzüberschreitende Zusammenleben erschweren.

Ich glaube, das ist eine Resolution, die zwar jetzt den Eurodistrikt, Frankreich und Deutschland betrifft, aber natürlich auch eine große Auswirkung auf die Schweizer hat, denn die brauchen u.U. vielleicht zwei und später noch eine dritte Plakette! Wir müssen gemeinsam schauen, dass wir für einheitliche Lösungen im Oberrheingebiet sorgen.

Frau Dr. Lioba MARKL-HUMMEL: *(PPT-Vortrag)*

Vielen Dank, Herr SCHNAUDIGEL, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, dass wir eingeladen wurden, Ihnen das Gutachten kurz vorzustellen. Es wurde schon mehrfach angesprochen. Es ist kein neues Problem. Ich denke, es ist ein typisches, um zu illustrieren wie oft auf nationaler Ebene nicht verstanden wird, dass etwas hier im Grenzbereich für die Bürger ein Problem darstellt.

Ein Beispiel der zugepflasterten Windschutzscheiben, die wir inzwischen hier brauchen. Ein Problem, das Sie 2018 in der Resolution schon angesprochen haben und die Antworten vom Bundesumweltministerium und Landesverkehrsministerium lauten: „Es gibt keine Vergleichbarkeit.“ Deshalb und auch, weil es im Eurodistrikt schon seit ein paar Jahren ein Thema ist und auf unserer grenzüberschreitenden Konferenz Luftreinhaltung immer wieder kam, haben wir die Gelegenheit genutzt, als dieses Jahr die Europäische Kommission (GD Regio) einen Aufruf gemacht hat, um Hindernisse an der Grenze einzureichen, genannt « B-solutions », finanziert von der Europäischen Kommission und organisiert von der AGEG (Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen). Wir haben das Problem eingereicht, die europäische Lösung für eine Umweltplakette der Luftreinhaltung.

Wir haben dann einen juristischen Experten von Brüssel bekommen, der die Gegend hier gut kennt, Herr Prof. FREY von der Hochschule Kehl, der das Gutachten verfaßt hat, das im Oktober fertiggestellt wurde, gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe wo die Experten der DREAL, von der Eurometropole, vom Europäischen Zentrum für Verbraucherschutz, Kreis und Stadt auf unserer Kleinebene, eingebunden haben.

Ich erzähle nichts Neues, nur kurz nochmal die rechtliche Lage zusammengestellt. Wie Herr WASERMAN es vorhin gesagt hat, europäische Gesetzgebung, die unterschiedlich umgesetzt

wurde. Auf deutscher Seite schon vor über zehn Jahren mit der Einführung der Umweltzonen, die wir in Karlsruhe und Freiburg haben und den deutschen Umweltplaketten und auf französischer Seite vor nicht so langer Zeit, 2017, auch die Einführung eines eigenen Umweltplaketten-systems, der sog. Crit'Air Plaketten, die sich verglichen mit den deutschen Plaketten verstärkt dem Problem der Stickstoffdioxide angenommen haben und, auf Dieselfahrzeug abzielend, strenger sind.

Mit zwei möglichen Maßnahmen. Momentan haben wir in Frankreich auf dem Gebiet der Euro-metropole die *Circulation différenciée* (bei Schadschloßspitzen nur Autos mit der entsprechen- den französischen Vignette) und die sog. *Zone à circulation restreinte* (in Straßburg seit 2018 in der Grande Ile, der Innenstadt für Lieferungen) sowie, jetzt ganz akut im Kommen für alle Bür- ger, die permanente *Zone à faible émission* die mit der neuen LOM-Gesetzgebung verpflichtend vorgesehen ist für Großstädte, welche die Grenzwerte überschreiten. In der Beschäftigung viel- leicht noch wichtiger.

Das Allerwichtigste aus dem Gutachten ist, was den Antworten des Bundesministeriums usw. entgegen spricht: Es *ist* möglich, es *gibt* eine Vergleichbarkeit. Ganz kurz hier die Tabelle. Bei- de Systeme haben die gleiche Grundlage, basierend auf den Euronormen und den Zulassungs- jahren. Man sieht eindeutig, das deutsche ist älter, die Diskussion um die blaue Plakette hat bisher nichts gebracht; das Französische ist jünger. Aber man kann genau sagen welche Vignette zu welcher gehört.

Unser Gutachter, der juristische Experte hat gesagt: eine mutige Auslegung erlaubt bereits jetzt, dass in den Städten, vor allem auf deutscher Seite, klar gesagt werden kann: Wenn ich die grü- nen deutschen Vignetten zulasse, kann ich auch Autos mit der französischen Vignette 1, 2 oder 3 fahren lassen. Bei den Dieselfahrzeugen ist es differenzierter, denn für Crit'Air 4 und 5, gibt es die alten in Deutschland, die nur noch die rote oder die gelbe Plakette haben, ansonsten ent- spricht Crit'Air 2 und 3 der deutschen Umweltplakette 4. Hier sind dann die Benzinfahrzeuge, alle mit der deutschen grünen Vignette 4. Also, von deutscher Seite ist überhaupt kein Problem: alle Autos, welche die grüne Vignette haben, entsprechen Crit'Air 1, 2 oder 3.

Anders herum, in der französischen Rechtsprechung, wenn man dort den Vergleich darstellt, ist es so, dass die deutsche älter ist. Für die ganz neuesten Autos mit der Norm Euro 4, 5 oder 6 (Crit'Air 2 und 3) haben auch deutsche Autos die grüne Plakette 4. Allerdings wird es progressiv eingeführt. In Frankreich, in Straßburg z.B. haben wir seit 2017 die *Circulation différenciée*, aber bis zum 30. September dieses Jahres wurden nur die allerältesten Autos ausgeschlossen, also die ohne Vignette, mit Crit'Air 5 oder 4. Da hätte man wunderbar sagen können: Auch grüne Vignetten werden anerkannt. Deshalb auch, wenn die *Zone permanente* kommt, die jetzt auf dem Gebiet der Eurometropole Straßburg am 1. Januar 2021 gültig sein wird (es wird ja auch progressiv sein), kann man auch am Anfang sagen, man findet zumindest lokal erst eine Lö- sung und wenn es strenger wird, kann man weiterschauen.

Erste Aussage war: Wenn wir im Grenzgebiet akut etwas machen und ganz mutig sind, können wir es jetzt schon machen, indem man sich auf eine Regelungslücke bezieht, nämlich dass die europäische Gesetzgebung nicht komplett umgesetzt wurde. Die anderen Lösungen im Gutach- ten, die Sie dankeswerterweise mit Ihrer Resolution unterstützen wollen, zielen darauf ab, ers- tens auf europäischer Ebene - aktuell ist die Richtlinie in dem Fitnesscheck - dort zu sagen : Sie müssen es europäisch lösen, eine bessere Lösung finden (entweder ein gemeinsames System oder immerhin eine Verpflichtung, dass die verschiedenen Systeme gegenseitig anerkannt wer-

den) oder auf der nationale Ebene, wo auch die Resolution hinzielt, zu sagen : Klärt das. Momentan ist weder in der deutschen Bundesemissionschutzverordnung noch in dem französischen Gesetz vorgesehen, dass auch andere Fahrzeuge, die den Anforderungen dieser Zone entsprechen mit einem anderen Nachweis (sprich mit der Vignette des Nachbarlandes) fahren dürfen, bitte integriert das oder schreibt wenigstens, dass die Anerkennung möglich ist oder zumindest – das wäre die Hoffnung, um uns auf Herrn WASERMAN zu beziehen - im Rahmen des Aachener Vertrages Ausnahmeregelungen für den Grenzbereich vorzusehen.

Dann ist das Gutachten, das sie in Ihren Unterlagen haben, auch noch kreativer und findet noch andere Zwischenlösungen. Man könnte eventuell auch in den Nachbarstaaten die andere Vignette benutzen, so ähnlich wie es an der französisch-schweizerischen Grenze in Genf ist (da wurde eine Plakette eingeführt, die genau die Crit'Air übernimmt) oder zwischen Deutschland und Tschechien, wo die Tschechen die gleiche Umweltvignette eingeführt haben. Also solche kreative Lösungen oder sogar vielleicht die Autoverkäufer in die Pflicht nehmen. Es gibt also eine Reihe von kreativen Lösungen auf zwischenstaatlicher oder lokaler Ebene. Vielen Dank.

(Applaudissements)

Frau GANTER:

Vielen Dank, Frau MARKL-HUMMEL.

Herr SCHNAUDIGEL:

Ich glaube, es war erschöpfend. Sie sehen die Resolution. Ich brauche sie wohl nicht vorlesen, sie gibt alles wieder. Ein Appel an die verschiedenen Ebenen, von der europäischen bis zum Gesetzgeber bei Land und Bund, nach den Möglichkeiten zu suchen - ich sage es mit einfachen Worten - sich mit diesem Rechtsgutachten auseinanderzusetzen sich konstruktiv zu verhalten und nicht in einer ablehnenden Haltung zu verharren. Danke sehr.

Frau GANTER:

Vielen Dank. Gibt es dazu etwaige Fragen?

Herr DEBES:

Ich möchte als Vizepräsident der Eurometropole Straßbourg sagen, dass wir dort vor zwei Monaten darüber abgestimmt haben, dass einige Crit'Air Plaketten anerkannt werden. Sie haben es zuvor gesagt, die Plaketten 4 und 5 sind während Schadstoffspitzen nicht geduldet. Aber es ist klar, dass mit dieser Entscheidung der Stadt Straßburg und der 32 Kommunen der Eurometropole wir allmählich ab 2025-2026 die Anzahl der Crit'Air Plaketten verringern werden. Ich sehe das an der Vergleichstabelle – eine sehr schöne Präsentation – zwischen den deutschen grünen Plaketten und den bunten französischen Plaketten. Es ist schlicht entgegengesetzt und macht es für den Bürger schwer ersichtlich.

Es wäre nützlich, wenn wir bei gleichzeitiger Anerkennung der Plaketten zwischen unseren beiden Ländern, was eine gute Sache ist, eine Plakette hervorbringen könnten, die von Anfang an, beim Kauf des Fahrzeugs aufgeklebt wäre. Wir haben nämlich in diesem Grenzgebiet auch Fahrzeuge, die in Frankreich nach Deutschland verkauft werden und Fahrzeuge aus Deutschland, die in Frankreich verkauft werden. Dann müßte der Bürger nicht mehr suchen und zahlen, weil er die Plakette von Anfang an auf seiner Windschutzscheibe hätte. Das Beispiel ist sehr gut, aber schon in 2 bis 3 Jahren werden Crit'Air Plaketten nicht mehr gültig sein während die deutsche Umweltplakette wahrscheinlich noch akzeptiert wird. Es liegt also auch ein Unter-

schied in der Planung vor. Deshalb finde ich, dass man den Weg einer europäischen, schon bei Erstzulassung vorhandenen Umweltplakette einschlagen sollte.

Frau GANTER:

Vielen Dank für diese Ergänzung.

Frau Dr. MARKL-HUMMEL:

Vielen Dank. Das ist genau das, was wir im Gutachten in den Vordergrund gestellt haben. Es werden auch Übergangslösungen aufgezeigt, bis dass die Europäische Union wirklich ein gemeinsames System schafft, was aber lange dauern wird. Es wäre dann möglich für die ersten 2 oder 3 Jahre der Einrichtung der ZFE (*Zone à Faibles Émissions*) diesen Schritt zu machen. Und was die deutsche Seite im Gegenzug betrifft, solange das System nicht ausgebaut wird, kann diese Ausnahme weiterhin für die französischen Plaketten gelten.

Herr Dr. Frank MENTRUP:

Ich glaube, Sie zeigen auf, dass es in dem Moment, wo in Straßburg alle Dieselfahrzeuge verboten werden, es eine Kluft gibt zwischen der deutschen und der französischen Lösung, sodass es schwierig wäre, gegenseitig nur anzuerkennen, weil ich damit fast alle auffordere sich lieber die deutsche Plakette zu besorgen und weiter mit den Fahrzeugen herumzufahren. Insofern sollte eine solche Lösung wie Sie sie angedeutet haben, – aber es gibt ja verschiedene Varianten –, möglichst bis Ende 2020 geschaffen werden.

Dennoch haben wir jetzt noch eine Zeit bis 2020, wo wir vielleicht auch als regionale Gebietskörperschaften, aufbauend auf der Argumentation dieses Gutachtens, das auf der badischen Seite lediglich Freiburg, Karlsruhe und das Pfinztal betrifft, doch ggf. eine Lösung finden, einer wie auch immer offensiven oder stillschweigenden Duldung. Da müssen wir unter den Kommunen – ich kündige es hier an – einfach einmal ein Gespräch führen und uns natürlich mit unseren Rechtsbehörden zumindest informell verständigen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn man mit der Stadt Straßburg eine ähnliche Lösung finden könnte, denn nur im Gegenseitigen kann es bis Ende 2020 von den Bürgerinnen und Bürgern toleriert werden. Ab 2021 brauchen wir eine andere Lösung, da bin ich ganz bei Ihnen.

Herr ... :

Vielen Dank für das Gutachten. Ich fand es hochinteressant. Was mir aufgefallen ist : Wir haben in Deutschland nur diese grüne Plakette, subsumieren aber darunter auch die modernsten Fahrzeuge mit der modernsten Umwelt-Elektronik. Mir war jetzt nicht ganz klar : Inwieweit macht dieses Subsumieren von verschiedenen Abgasnormen unter einer Plakette dann Schwierigkeiten bei der Anerkennung auf französischer Seite ?

Frau Dr. MARKL-HUMMEL:

In Deutschland, da es sich seit 2008 nicht weiterentwickelt hat, sind inzwischen leider über 90% des Fahrzeugparks schon mit der neuen Plakette. Wie gesagt, in Frankreich will man auch nicht von heute auf morgen allen alten Fahrzeugen, die vor fünf oder zehn Jahren gekauft wurden, verbieten zu fahren. Wenn man erst nur die allerältesten ausschließt, paßt es noch, wo es um Stickstoffdioxide geht. Das sind die Dieselfahrzeuge, wo es noch die gelbe und die orangefarbene Vignetten gibt. Die kann man ausschließen.

Ich habe mir diese kleine Menge der französischen Pkws angeschaut, die zwischen 1993 und 1996 angemeldet wurden und der Euronorm 1 entsprechen. Das sind in ganz Baden-Württemberg gerade noch 1,3% des Fuhrparks. Da braucht man sich keine Sorge machen.

Herr ... :

Noch eine kurze Rückfrage. Die richtigen Oldtimer sind aus der Regelung heraus genommen?

Frau Dr. MARKL-HUMMEL:

Nein. Das ist aber in Deutschland und in Frankreich gleich. Sie dürfen beide ohne Vignetten in den Umweltzonen fahren. Da gibt es Sonderregelungen in beiden Ländern. Da stellt sich das Problem nicht so.

Frau GANTER:

Sehr schön. Vielen Dank für diese Ausführungen. Wir schreiten zur Abstimmung über diese Resolution. Ist jemand dagegen oder möchte sich der Stimme enthalten? Nein. Vielen Dank, sie ist also angenommen und wird an die verschiedenen Adressaten geschickt.

Wir wollen uns jetzt noch die Arbeiten von zwei Kommissionen anschauen. Sie hatten nicht die Gelegenheit Resolutionen vorzubereiten, aber haben dennoch gearbeitet.

7.3 Kommission Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Gesundheit

Frau KNELLWOLF:

Wir planen für März die erste Sitzung dieser Kommission unter meiner Leitung. Wir haben schon einen breiten Strauß von Themen, die an uns herangetragen worden sind oder auf die wir selber gekommen sind. Das reicht vom berühmt-berüchtigten A1-Formular über die Neuorientierung in Fessenheim bis zur Entsendungsrichtlinie und der Konkretisierung derselbigen. Ich selber habe auch ein Schwerpunktthema, bei der trinationalen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Es wird im ersten Schritt darum gehen müssen zu priorisieren. Es sind so viele Themen, die für die trinationale alltägliche Zusammenarbeit und das Leben der Bürger und Bürgerinnen relevant sind, dass wir uns beschränken müssen oder den Sitzungsrhythmus verdoppeln.

Die Mitglieder der Kommission werden von mir und von meiner rechten Hand, der Rebecca BRAUN - die da sitzt und die Hand hebt - in Kürze hören.

Frau GANTER:

Vielen Dank. Das Wort hat Herr SCHWARZ für die Kommission Kultur-Jugend-Bildung-Sport.

7.4. Kommission Kultur-Jugend-Bildung-Sport

Herr Wolfgang SCHWARZ:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen von der Arbeit aus der Kommission Folgendes berichten. Wir hatten zwei Sitzungstermine anberaumt, die leider nicht zustande kamen mangels Teilnehmer. Deswegen wurden sie abgesagt.

Wir hatten eine Resolution zu einer Datenbank „Plurio.net“, einer Kulturdatenbank, die im Nordbereich unserer Region anhängig war, vorbereitet, nämlich von der Wallonie, Luxemburg, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Lothringen. Das ist leider nicht zustande gekommen. Wir wollten

sie auf die Oberrheinregion ausweiten, da Luxemburg und die Wallonie ausgeschieden sind. Die gesamten Daten waren noch vorhanden. Allerdings war die Datenbank nicht mehr zugreifbar. Es wäre die Chance gewesen bis zum 31. Dezember diese Daten zu erhalten, auch u.U. diese Datenbank auf andere Themen wie Sport auszuweiten. Das hat leider nicht geklappt. Deshalb wird diese Resolution auf der nächsten Tagesordnung der Kommission nicht mehr erscheinen.

Wir beschäftigen uns wie die anderen Kommissionen auch mit der künstlichen Intelligenz (KI). Wir sind dabei in Kontakt mit unseren Ministerien bestimmte Dinge zu erfahren, die wir mit in die Kommission nehmen können. Wir sind auch dabei, wie wir eine Anerkennung von Berufsabschlüssen hinbekommen könnten. Im Speziellen, geht es grenzüberschreitend um Erzieher und Erzieherinnen. Bei den Sportthemen bin ich in ganz engem Kontakt mit der ORK, weil wir viele Themen gleich bearbeiten. Wir haben vereinbart, dass der Leiter der AG-Sport der ORK immer zu unserer Kommission eingeladen wird und umgekehrt. Es klappt ganz hervorragend. Da wird sicherlich das eine oder andere mit Blick auf die Olympischen Spiele in Paris noch kommen.

Von Frau KNELLWOLF habe ich heute Morgen erfahren, dass ein Thema ihrer Kommission „Bilinguale Schulabschlüsse“ sein soll. Da wir beide betroffen sind, haben wir vereinbart, dass die Arbeitsebene Kontakt aufnimmt, um vielleicht eine gemeinsame Sitzung unserer Kommissionen Thema abzuhalten, um dieses gemeinsame Thema voranbringen zu können.

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zu der Wortmeldung von Herrn ACKERMANN. Das ist mir sehr wichtig, weil ich das so nicht im Raum stehen lassen kann. Ich sehe so wie Herr WASERMAN: Unsere Aufgabe hier ist es, parteiübergreifend für Menschen am Oberrhein etwas zu tun und nicht länderspezifische parteipolitische Auseinandersetzungen nach hier zu tragen. Es waren viele unwahre Behauptungen, Unterstellungen, die so nicht stimmen. Es würde zu weit gehen alles richtig zu stellen. Ich möchte nur drei Zahlen nennen, dann wird es jedem klar. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt die Kindergärten jährlich mit über 700 Mio Euro, obwohl es nicht seine originäre Aufgabe ist, denn diese ist bei den Kommunen, den Kirchen und den privaten Trägern angesiedelt. Jetzt, mit dem neuen Kindertagesstättengesetz fließen weitere 80 Mio und dabei 50 Mio aus einem Sozialraumbudget in dem auch die Sprachförderung angesiedelt sind. Also, Herr ACKERMANN, lassen Sie und hier die Themen behandeln, die hierher gehören, nicht die Themen, die im Land durch politische Auseinandersetzungen getragen werden. Sie haben Fragen hier in den Raum gestellt; die Antworten liegen schon längst in Rheinland-Pfalz auf dem Tisch. Herzlichen Dank.

Frau GANTER:

Danke. Ich würde sagen, Sie können später noch die Diskussion unter vier Augen fortsetzen soweit erforderlich.

Vielen Dank, Frau KNELLWOLF, Herr SCHWARZ für die Berichte aus den Kommissionen. Gibt es Fragen in Bezug auf das Vorgetragene? Nein. Gut.

8. Wahl des Vorstands für das Jahr 2020 und Vorstellung der thematischen Prioritäten

Wir können nun zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen, nämlich die Wahl des Vorstands für das Jahr 2020 und die Vorstellung der thematischen Prioritäten. Es ist schon fast Zeit für mich das Präsidentenamt abzulegen. Es war mir eine große Ehre es während des ganzen Jahres auszuüben. Es wurde durch einen guten Wirkungsgrad gekennzeichnet. Mit dem Sekretariat wird es uns gelingen den Bekanntheitsgrad des Oberrheinrats zu fördern, was wirklich eine Priorität für den Vorstand ist. Denn was machen wir, wenn unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht von uns sprechen, nicht wissen, dass es uns gibt und dass wir täglich für sie am Werk sind. Es ist also eine schöne Wertschätzung.

Ich möchte mich bei den Vertretern der Presse bedanken, die heute anwesend sind. Das ist vielleicht eines der ersten Male. Ich möchte mich auch beim gesamten Organisationsteam des Oberrheinrats bedanken (mit Ausnahme derjenigen, mit denen wir das ganze Jahr hindurch zusammenarbeiten), das mit mir diese Arbeit für 2020 geleistet hat.

Ganz besonders möchte ich mich bei Corinne BOURGER von der Region Grand Est bedanken, die hinter mir steht und die Großes geleistet hat, damit Sie ihre Unterlagen fristgerecht erhalten konnten. Herzlichen Dank, Corinne!

Ich darf Ihnen nun die Neuwahl des gesamten Vorstands vorschlagen mit Herrn FREY, der hier an meiner Seite sitzt, als nächsten Präsidenten. Die Zusammensetzung des Vorstands für das Jahr 2020 haben Sie in Ihren Tischunterlagen erhalten. Die Liste ist vollständig.

Obwohl folgende Mitglieder nicht auf dieser Vorlage für die Vorstandswahl stehen, gehören sie als Präsidenten der Eurodistrikte laut Geschäftsordnung automatisch zum Vorstand. Es handelt sich um:

- Frau DAMMANN für den trinationalen Eurodistrikt Basel;
- Herr Rémi BERTRAND für den Eurodistrikt PAMINA ;
- Herr Hanno HURTH für den Eurodistrikt Zentral- und Südsass ;
- Herr Frank SCHERER für den Eurodistrikt Straßburg-Ortenau.

Gibt es zur Besetzung des Vorstands Anmerkungen? Wenn dies nicht der Fall ist, habe ich die Freude Ihnen mitteilen zu dürfen, Herr FREY, dass Sie für das Jahr 2020 den Vorsitz des Oberrheinrats innehaben und dass ich Ihnen gern am 31. Dezember den Vorsitz dieses schönen Gremiums überlassen werde. Ich wünsche Ihnen für die Präsidentschaft im kommenden Jahr viel Freude, wie es bei mir der Fall gewesen ist. Vielen Dank! Ich darf Ihnen hier ein kleines Geschenk für einen guten Start mitgeben.

(Applaus)

Herr FREY:

Ich bedanke mich. Man sieht hier an dem Aufdruck, dass Grand Est nicht nur im Elsaß wirksam ist, sondern offenbar bis zur Champagne reicht (*Lachen im Saal*). Vielen Dank. Ich werde aber erst ein paar Worte an Sie richten. Dann bekommen Sie von mir auch ein Geschenk.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Vizepräsidenten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für die Wahl, die komplikationslos und für Sie mit wenig Aufwand, mit Handheben von statten gegangen ist. Mich freut natürlich das Vertrauen, das Sie mir entgegen gebracht haben, wobei ich mit großem Respekt dem Jahr entgegen schaue, weil die Maßlatte, welche die Präsidentin mit ihrer wertvollen Arbeit im vergangenen Jahr vorgelegt hat, sehr hoch liegt.

Ich nehme aber die Ehre dieses Amt wieder auszufüllen, gern an, nach dem Jahr 2017, wo wir den 20. Geburtstag des ORR in Freiburg gefeiert hatten.

Ich bin immer noch davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg mit Blick auf unsere Geschichte einerseits ein wahrer Erfolg und andererseits der einzig richtige Weg ist, weiter an friedvollen und gerechten Gesellschaften Europas zu arbeiten. Der ORR ist das Gremium welches genau dies tut, an Frieden arbeiten und uns ermöglicht über nationale Grenzen hinweg noch stärker zusammenzuwachsen. In den vergangenen Monaten wurde eine wesentliche globale Herausforderung, vor allem durch die jüngere Generation beflügelt, besonders sichtbar. Die *Fridays for Future*-Proteste führen uns nicht nur vor Augen, dass der Klimawandel eine bedeutende Menschheitsfrage ist, sondern vergegenwärtigen uns vor allem eines : Unser aktuelles Gesellschaftsmodell, das auf einen hohen Verbrauch von Ressourcen im privaten und öffentlichen Bereich aufbaut, bietet uns keine nachhaltige Zukunftsperspektive, denn es ist die gewichtige globale Ursache für den Klimawandel, das Artensterben, Armut und Hunger. Ein Gegenentwurf für dieses Gesellschaftsmodell bietet eine nachhaltige Entwicklung, die 1987 zum ersten Mal in der Brundtland-Kommission der Vereinten Nationen umfassend definiert und zuletzt mit den *Sustainable Development Goals* (SDG) der Vereinten Nationen 2015 politisch bestärkt wurde.

Sie hat zum Ziel unsere Gesellschaft so zu entwickeln, dass ein ressourcenschonendes und soziales Handeln möglich ist, die Schwächsten und Verwundbarsten unserer Gesellschaft mitgenommen werden und auch kommende Generationen ihr Leben gestalten können. Dies gilt sowohl auf globaler, aber in der Umsetzung vor allem auf unserer regionalen und kommunalen Ebene. Der ORR hat sich bereits in der Vergangenheit vor dem Hintergrund von neuen wissenschaftlichen Studien zur Biodiversität und zum Klimawandel für eine nachhaltige Entwicklung ausgesprochen. Aber insbesondere mit Blick auf die aktuellen zivilgesellschaftlichen Impulse, möchte ich in den kommenden Jahren noch stärker an einer nachhaltigen Gestaltung unserer Gesellschaft arbeiten. Sie haben das ausführliche Dokument in ihren Unterlagen bereits zur Verfügung bekommen. Dafür habe ich drei regionale Ansätze im kommenden Jahr als Schwerpunkte unserer Arbeit gewählt :

- 1) die Abschwächung des Klimawandels ;
- 2) eine sozial verträgliche Nutzung der Digitalisierung und der KI ;
- 3) den Schutz der Biodiversität entlang des Rheins.

Ich möchte kurz auf diese drei Punkte eingehen.

Zum Klimawandel. Auch die Oberrheinregion ist vom Klimawandel betroffen. In Zukunft ist z.B. mit einer höheren Wahrscheinlichkeit mit Extremwetterereignissen wie z.B. Hitzewellen und Starkregen zu rechnen. Das birgt hohe Risiken, erstens für die Lebensqualität der hier lebenden Menschen, zweitens für das ökologische Gleichgewicht und drittens für die ökonomische Entwicklung der Region. Der ORR hat sich in den vergangenen Jahren in diesem Bereich, z.B. Bereich der Resilienz, der begünstigenden Wasserwirtschaft und Naturverwaltung eingesetzt. Dies gilt es nun weiterzudenken und neben Strategien zu Anpassung auch weiterhin Maßnahmen gegen das Voranschreiten des Klimawandels in die Hand zu nehmen. Das heißt auch unsere Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Ein Hebel hierfür ist der Verkehrssektor, denn er trägt zu 30% zu den gesamten CO²-Emissionen der EU bei und 60% gehen davon auf Pkws zurück. Deswegen brauchen wir einen besseren ÖPNV, indem wir erstens grenzüberschreitend in einem Verkehrskonzept die Inter-

modalität der Verkehrsträger verbessern und die sanfte und CO²-neutrale Mobilität fördern. Zweitens, uns weiterhin für grenzüberschreitende öffentliche Verkehrsverbindungen einsetzen z.B. mit Regiobussen und Lückenschlüssen bei Schienenverkehr. Bereits bestehende grenzüberschreitende Linien, wie die Tramlinie zwischen Basel und Weil am Rhein sind gute Beispiele und zeigen immer eine größere positive Wirkung, als zuvor vorausgesagt wurde.

Die soziale Dimension einer nachhaltigen Entwicklung. Der Klimawandel und seine Folgen werfen auch verschiedene soziale Fragen auf. Wen treffen die Folgen des Klimawandels? Welche sozialen Folgen haben die Gegenmaßnahmen? Wie können wir dabei besonders vulnerable Gruppen schützen? Aktuelle Entwicklungen der Digitalisierung und der KI stellen uns aber weitere Fragen: Wie können die Digitalisierung und die KI uns dabei *helfen* eine ressourcenschonende Gesellschaft aufzubauen? Wie wirkt sie auf soziale Gerechtigkeit? Oder kann uns KI sogar dabei helfen antidemokratische Hetze im Netz zu bekämpfen? Die genannten Fragen zeigen, dass eine nachhaltige Entwicklung integral mit der Frage, wie heutige und kommende Generationen gerecht leben können, verknüpft ist. Dies müssen wir uns in unserer Arbeit im ORR immer wieder bewußt machen und an einer gerechten Gesellschaft für alle Menschen, heute und morgen, arbeiten. Indem wir unsere Anstrengungen für berufliche Bildung und Arbeitsplatzbeschaffung verstetigen, insbesondere im Hinblick auf den Post-Fessenheim-Prozess und wir uns im Oberrheinrat weiter für die Zusammenarbeit im Bereich der KI einsetzen. Dabei muss der Fokus auf Investitionen einer dem Menschen dienenden Digitalisierung gelegt werden. Prämisse muss dabei sein, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe, Wahrung der demokratischen Werte und Ressourceneffizienz.

Zur Frage der Biodiversität im Oberrheingebiet ist der Rhein ein natürliches Bindeglied für uns, für die Bevölkerung, für die Wirtschaft und für die Ökosysteme im Oberrhein. Er ist gleichzeitig durch den Menschen beeinflusst, sei es z.B. durch Nitratbelastungen des Grundwassers oder durch den Verlust der Artenvielfalt im Rheintal. Der ORR hat hier in den vergangenen Jahren auch wichtige Vorstöße gemacht. Nun gilt es unser Engagement für die bessere Funktionsfähigkeit des Ökosystems Rhein darüber hinaus weiter zu vertiefen. Deshalb möchte ich im kommenden Jahr einen Fokus darauf legen, indem wir uns im Sinne einer systematischen Lösungen für den Erhalt unserer Artenvielfalt im Oberrheingebiet einsetzen. Das ist auch wesentlich für eine Anpassung der Natur an den Klimawandel und für eine klare Kommunikation über hydrologische Entwicklungen im Oberrheingebiet, um dem Phänomen des Niedrigwassers zu begegnen – und nicht nur diesem Niedrigwasser, das gestern zufällig durch ein Versehen passiert ist, weil ein Schieber falsch geschoben wurde.

Ich bin überzeugt, dass wir in der Oberrheinregion in der gewachsenen Zusammenarbeit wichtige Schritte für eine nachhaltige Entwicklung gehen können, so wie es Jerry Brown, ehemaliger Gouverneur von Californien im Kontext der regionalen Under2Coalition gesagt hat (Er hat es allerdings auf Englisch gesagt, ich habe versucht es auf Französisch zu übersetzen):

„Je crois que la collaboration avec les yeux ouverts, sans être naïfs, sans être utopistes, mais en réunissant des gens intelligents, des scientifiques, des décideurs et décideuses politiques, est le moyen de faire face à la terrible perspective d'un réchauffement climatique.“

Strategisch werden uns dabei sicherlich die neuen aus dem Aachener Vertrag entstandenen Gremien und das funktionierende, gemeinsame ORR-Sekretariat wesentlich helfen. Bedingung dafür ist, dass wir ein wirksames Kommunikationsnetz aufbauen. Deswegen freue ich mich im kommenden Jahr mit Ihnen vertieft an wichtigen Zukunftsfragen unserer Region zu arbeiten und

lade die Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten sowie alle Mitglieder des ORR herzlich dazu ein.

Der Präsidentin danke ich ganz herzlich für die intensive Zeit, die zurückliegt, die aber nicht zu Ende sein muss. Ich setze auf ihre Aktivität auch im kommenden Jahr und auf Ihre Unterstützung, denn die deutsch-französische Achse funktioniert vielleicht manchmal nicht auf nationaler Ebene, aber auf regionaler Ebene sicher. In diesem Sinne möchte ich Ihnen zwei Geschenke aus dem Land Baden-Württemberg als Dankeschön für Ihre Arbeit überreichen. Eins davon ist ein Buch in welchem viel über Baden-Württemberg steht und das andere ein Stift mit dem Sie sich Ihre Notizen machen können, wo Sie es in Baden-Württemberg am schönsten gefunden haben. Und alles ist in Baden-Württemberg hergestellt!

(Applaus)

Frau GANTER :

Danke, vielen Dank! Dem Oberrheinrat wünsche ich alles Gute für die Zukunft, wie auch immer die Präsidentschaft, ob deutsch, schweizerisch oder französisch, da es eine rotierende ist.

Ich freue mich nun, Frau Bärbel SCHÄFER, Regierungspräsidentin von Freiburg einzuladen, uns die Strategie 2030 der TMO und die vorbereitenden Arbeiten zu INTERREG VI vorzustellen. Ich darf mir erlauben hinzuzufügen, Frau SCHÄFER, dass die Strategie, die Sie uns vorstellen werden, ein gemeinsames Werk darstellt, das wir zusammen in einer vertrauensvollen Atmosphäre erarbeiten durften. Ich danke Ihnen schon jetzt für die Präsentation.

Herr Alexis LEHMANN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich möchte im Anschluß an den künftigen Präsidenten etwas zur Umweltgesundheit sagen. Die Deutschen, Franzosen und Schweizer, die hier am Oberrhein leben, haben eine kürzere Lebenserwartung als die anderen Deutschen, Franzosen und Schweizer. Ich finde, das ist etwas Besorgniserregendes mit dem wir uns beschäftigen sollten. Man tut das all zu leicht von sich, indem man behauptet, dass sie zu viel essen, zu viel trinken, zu viel rauchen und sich zu wenig bewegen. Das ist wirklich zu banal. Es gibt keine epidemiologische Untersuchung, um diese Tatsache zu prüfen. Ich denke, es wäre u.a. ein wichtiges Anliegen für den Oberrheinrat im Sinne der Bevölkerung eine solche epidemiologische Studie zu veranlassen, um zu prüfen, ob das Leben in einem engen, schlecht belüfteten Raum in nord-südlicher Richtung zwischen den Vogesen und dem Schwarzwald, mit allen möglichen chemischen Belastungen in der Landwirtschaft, im Weinbau, in den Städten und den Wäldern, tatsächlich die Lebenserwartung verkürzt. Ich denke, das wäre gut.

Herr FREY:

Vielen Dank für diesen Beitrag. Es ist sicherlich interessant, dass im Süd-Badischen wohl eine der höchsten Lebenserwartungen herrscht. Herauszufinden wo die Erfolgsfaktoren für ein langes Leben liegen, ist wahrscheinlich eine Menschheitsaufgabe, aber ich glaube, auch der stellt sich der ORR. Ich nehme das gerne mal mit für die zukünftigen Kommissionen, dass wir schauen, wie wir hier identifizieren können, was uns länger leben läßt.

9. Vorstellung der TMO-Strategie 2030 und Vorbereitung von INTERREG VI

Bärbel SCHÄFER, Regierungspräsidentin Freiburg

Frau Bärbel SCHÄFER: (PPT-Vortrag)

Vielen Dank, dass ich Gelegenheit habe, einige der Highlights des Jahres 2019 hier kurz zusammenzufassen. Es war natürlich für den Oberrhein ein ganz wichtiges Jahr der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Ich möchte ganz kurz, bevor ich auf die Strategie der Metropolregion komme, noch einen Satz zu Ihrer Resolution zum Aachener Vertrag und die Beteiligung des Oberrheins sagen. Ich denke, es ist richtig und wir haben noch viel Dynamik im Verfahren. Ich möchte aber auf eine ganz pragmatische Möglichkeit der Einflußnahme hinweisen. Wir haben ja jetzt, zumindest auf deutscher Seite, entschieden, dass das Sekretariat für den Aachener Vertrag in – ich sage jetzt mal – unserem grenzüberschreitenden Kompetenzzentrum Kehl in der Villa Rehfus sein wird. Da sitzt auch Herr KLEINERT als neuer Sekretär des ORR. Wenn wir jetzt hier die ganzen Kompetenzen haben und das wissen wir, wir haben es auch von Herrn ADRIAN gehört: Eigentlich die ganzen Themen, ein Großteil der Themen, die uns bewegen, kommen aus den Infobesten, die auch dort sitzen. Ich denke dort wird die Arbeit gemacht. Dort sitzt die ORK, der ORR, die Infobesten und viele andere, das Euro-Institut, TRISAN, viele wichtigen Akteure für den Oberrhein. Ich denke dort werden auf der Arbeitsebene die Synergien geschaffen, dort speisen wir das ein, dort werden die Themen für den gemeinsamen Ausschuss des Aachener Vertrages generiert. Es ist eine riesige Chance für uns. Meine Bitte an dieser Stelle an die Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich: Helfen Sie uns, dass auch das französische Sekretariat dort in Kehl sitzt, denn dort ist das arbeitsmäßige Kompetenzzentrum. Straßburg ist die Europahauptstadt, aber vielleicht könnte Kehl somit das Kompetenzzentrum für den Oberrhein werden. Dort könnten wir die Themen aus der Region, die uns alle wichtig sind, einbringen.

Herr WASERMAN hatte vorhin gesagt, dass es für den Aachener Vertrag wichtig war, einen grenzüberschreitenden Entwicklungsplan zu haben. Ich glaube, mit der Strategie für die trinationale Metropolregion 2030 haben wir genau diesen Entwicklungsplan. Wir bauen ihn auf einer sehr stabilen Basis auf, nämlich auf den Erfolgen, die wir in den letzten zehn Jahren hier in der trinationalen Metropolregion hatten. Wenn ich jetzt spreche, dann als Sprecherin der Säule Politik, in der alle Akteure aus allen grenzüberschreitend relevanten Gremien vertreten sind, ob es der ORR ist, die ORK, das Städtenetz, die Eurodistrikte, die Gebietskörperschaften. Alle sind dabei, weil die trinationale Metropolregion keine eigene Instanz ist, sondern das Netz über alle Akteure und Akteurinnen hier am Oberrhein. Weil wir so viele sind und weil wir uns so wunderbar vernetzt haben, waren wir sehr erfolgreich. Wir haben letztendlich alles umgesetzt, was wir in den letzten zehn Jahren umsetzen wollten, ob zahlreiche Mobilitätsprojekte, ob z.B. die Tram zwischen Straßburg und Kehl oder letztendlich der European Campus.

Deshalb sind wir natürlich voller Zuversicht angetreten, die neue Strategie für die nächsten zehn Jahre miteinander zu bearbeiten. Ich brauche Ihnen nicht die Struktur der TMO als Multilevel-Gouvernance zu erklären. Wichtig ist mir nur, weil immer wieder in unterschiedlichen Gremien diskutiert wurde: Gibt es denn nicht zu viele? Da kann man unterschiedlicher Meinung sein, aber ich glaube, wichtig ist, dass wir das Netz der TMO halten, weil dort die relevanten Akteure zusammen kommen und dafür sorgen, dass wir keine Doppelarbeit machen. Deshalb werden Sie in der Strategie der TMO gar nichts groß anderes finden, als Sie z.B. in Ausschnitten in der Strategie des ORR finden. Es dürfte ja gar nicht sein. Das wäre völlig verkehrt. Es ist eine gemeinsame Strategie. Wir werden dann gucken, wer welche Rolle übernehmen kann, wer welchen Schwerpunkt der Bearbeitung der einzelnen Projekte macht, damit wir unsere Kräfte sinnvoll einsetzen und nicht doppelt oder aneinander vorbei arbeiten.

Wir waren erfolgreich. Der Strategie Prozess 2030 war ein breiter Beteiligungsprozess, es waren wirklich viele Akteure mit an Bord, selbstverständlich auch die Säule Wissenschaft, die Säule Wirtschaft, aber eben in der Säule Politik alle politisch relevanten Akteure am Oberrhein. Ich glaube, allein dieser Strategieprozess, den wir miteinander dort am laufen haben, war natürlich ein großer Erfolg. Auch der ORR, Frau GANTER, Herr FREY, Christian VON WARTBURG, viele waren an verschiedenen Sitzungen dabei und haben sich eingebracht.

Diese Strategie wird von Vielen mitgetragen. Das ist wichtig, denn es ist ein riesiges Arbeitspaket. Wir brauchen viele Akteurinnen und Akteure. Wir haben 17 Unterschriften aus den drei Ländern. Vielen Dank, liebe Elisabeth ACKERMANN, dass es möglich war, in Basel einen feierlichen Rahmen für die Unterzeichnung zu finden.

Zur Vorgehensweise. Sie finden diese 11 strategischen Ziele formuliert. Die roten Ziele sind die sog. Querschnittsziele, die sich in anderen Bereichen wiederfinden. Am Beispiel Verkehr - Nutzergerechte nachhaltige Mobilität wird es eigentlich deutlich. Wir haben versucht, auf drei Ebenen zu arbeiten.

- *Strategisches Ziel: Nutzergerechte und nachhaltige Mobilität fördern (Ebene 1)*

Wir haben gesagt, wir nehmen ein strategisches Ziel, das ist Level 1 sozusagen. Aus diesen Zielen haben wir immer versucht zu erklären, denn man kann unter bestimmten Themen unterschiedliche Dinge verstehen. Deshalb haben wir unter jedem Ziel gesagt: Was heißt das ganz konkret für uns ? Was wollen wir mit diesem Ziel erreichen?

- *Konkret = u.a. Missing Links über den Rhein schließen – einheitliche Tarifstruktur (Ebene 2)*

Bei der Mobilität etwa findet sich ganz konkret, dass wir die Missing Links über den Rhein schließen, dass wir eine einheitliche Tarifstruktur schaffen, das rollende Material grenzüberschreitend nutzbar machen wollen. Es war uns aber immer noch nicht konkret genug.

- *Konkretes Projekt = Verbindung Haguenau-Rastatt-Karlsruhe; Colmar-Freiburg; Studie und Umsetzung für ein einheitliches Tarifgebiet bis Fahrplanwechsel 2024 (Ebene 3)*

Dann haben wir es auf die dritte Ebene heruntergebrochen. Da wird es ganz konkret. Welche Projektideen haben wir denn? Mit welchen Projekten wollen wir die Missing Links schließen oder eine einheitliche Tarifstruktur schaffen? Das ist die sog. dritte Ebene.

Beim Thema *Klimawandel-Klimaschutz* (Querschnittziel) hat sich sehr schnell herausgestellt, dass alle Akteure sich einig waren: Das ist unser Ziel Nummer eins. Sie wissen es, an dem Thema kommen wir nicht vorbei. Es liegt nichts näher und nichts ist zwingender als den Klimawandel und -schutz über die Grenzen hinweg zu bearbeiten. Konkret wollen wir die Klimaschutzstrategie weiterbearbeiten und -entwickeln. Wir haben konkrete Projekte. Ich möchte Sie bitten, diese Projekte mitzubegleiten. Wir haben ein großes Projekt jetzt in allen drei Ländern gestartet, RES TMO, das sind regionale Konzepte für eine klimaschonende Energieversorgung und -speicherung. Da werden alle Akteure in ein Boot geholt und untersucht, wo wir am Oberrhein stehen und wie können wir konkret weiterarbeiten. Wir haben Themen wie die nachhaltige Energieversorgung, die Wärmenutzung Kehl-Straßburg, das große Projekt der Badischen Stahlwerke wo wir mit Abwärme ein ganzes Wohngebiet in Straßburg versorgen können. So ließe es sich beispielhaft weitererklären. Das will ich nicht tun, Sie finden es alle hier. Es ist nicht abschließend, es sind nur die Ideen, die wir haben. Es gibt noch ganz viele Projekte, die

noch zu bearbeiten sind. Ich komme hinterher zu der starken Resonanz auf den INTERREG Projektauftrag im Bereich Nachhaltigkeit/Klimaschutz.

Wir haben ein Ziel, das ein wenig systemfremd ist, weil es eigentlich schon ein großes Projekt ist, nämlich der Zukunftsprozess Fessenheim. Wir waren uns aber einig, dass wir es trotzdem benennen wollten. Es stecken viele andere Ziele darin, aber es ist so konkret und findet sich im Aachener Vertrag wieder. Deshalb wollten wir diese große Zukunftsaufgabe auch konkret formulieren. Da steckt natürlich nicht nur Freiburg-Colmar, große Mobilitätsthemen, da steckt natürlich auch die Innovation der KI darin. Da wollen wir eine Modellregion für erneuerbare Energien und Klimaneutralität entwerfen.

Ein weiteres wichtiges Querschnittziel, hier schon angesprochen, ist die Mehrsprachigkeit. Ich denke, meine Kollegin Elisabeth ACKERMANN wird nachher noch die Jugendumfrage vorstellen und mehr dazu sagen.

Querschnittsziel *Rechtliche Hürden überwinden*. Darüber haben wir heute viel gehört. Wir haben schon konkrete Themen. Wir wissen, wo wir rechtliche Hürden überwinden müssen. Umweltschutz ist natürlich ein ganz breites Thema. Wir stehen heute immer noch da, wenn in einem Land ein naturschutzfachlich relevanter Eingriff ist, dann muss dieses Land alleine für den Ausgleich sorgen, völlig egal, ob es naturschutzfachlich sinnvoll ist oder nicht, weil wir dort die Grenzen noch zu stark denken.

Wir haben die Entsenderichtlinie angesprochen. Ich will aber an der Stelle auch deutlich sagen : Es geht nicht nur darum, in die Zukunft gerichtet neue Projekte zu entwickeln, sondern am Beispiel des Rahmenabkommens Grenzüberschreitende Berufsausbildung möchte ich dafür werben, was wir erreicht haben nicht wieder zu verlieren. Da stehen wir im Moment an einem schwierigen Punkt. Ich hoffe, dass wir auch weiterhin grenzüberschreitend unsere jungen Menschen ausbilden können.

Das nächste Querschnittziel, Digitalisierung und künstliche Intelligenz (KI). Oberrhein zum Vorreiter machen. Nur Stichworte, die wichtig werden können und wo ich um Ihrer aller Unterstützung bitte. Wir sind im Moment an einer Prospektivstudie des European Campus für die Einrichtung einer Großforschungsinfrastruktur am Oberrhein. Die Ergebnisse erwarten wir Anfang nächsten Jahres. Dann brauchen wir die geballte Kraft. Es wird mit INTERREG-Mitteln nicht gehen (wir haben die Studie mit INTERREG-Mitteln gefördert). Da werden wir direkt in Brüssel vorstellig werden müssen und wenn wir das wollen, müssen alle Nationalstaaten dahinter stehen. Es wäre ein Quantensprung für die Wissenschaft, aber auch für die Wirtschaft.

Ohne Geld setzen wir gar nichts um. Deshalb setze ich nun den Hut der Vorsitzenden des Begleitausschusses INTERREG auf und berichte ganz kurz wo wir stehen. Wir sind am Ende von INTERREG V aber noch nicht ganz. Wir haben wirklich noch gute Projekte, die wir in den nächsten vier bis fünf Monaten auf den Weg bringen möchten. Weil das Thema Klimaschutz angesprochen wurde, auch dort Ihr Augenmerk: Es sind supergute Projekte. Wir haben Projekte für die Landwirtschaft in der Pipeline, für die Biodiversität, für den Gewässerschutz. Es lohnt sich auch für Sie als Abgeordnete und Vertreter und Vertreterinnen Ihrer Gebietskörperschaften: Wir haben eine neue Homepage für das INTERREG-Sekretariat. Gehen Sie da ab und zu drauf - wir richten gerade den Newsletterdienst ein - und gucken Sie, was da passiert, um diesen Projekten auch eine prominente Begleitung zu ermöglichen.

Im Bereich Umweltschutz haben wir einen Aufruf gemacht und haben viel mehr Ideen, als wir bezahlen können. Das bedeutet, wir werden in INTERREG VI noch viele Projekte mit hinein nehmen.

Ein paar Probleme haben wir mit den Verkehrsthemen, – die sind in der Pipeline mit sehr viel Finanzierungsbedarf –, aber wir wissen nicht, ob sie tatsächlich noch in INTERREG VI kommen. Da gibt es offensichtlich politische und bei der nationalen Finanzierung noch die eine oder andere Frage. Da brauchen wir noch Unterstützung.

Wir haben natürlich auch bei INTERREG eine Strategie. Wir sind mit den Zielen der Kommission für INTERREG absolut kompatibel. Die EU gibt 5 Oberziele und 29 Unterziele zur Auswahl vor. Wir sind im Moment in der Anhörung. Wir haben Sie als Stakeholders angehört. Welche Ziele sind für uns wichtig? Es versteht sich von selbst. Wir wollen keine 29 Ziele bearbeiten, dann würden wir uns verlieren, zumal die Ziele sich z.T. überschneiden. Wir wollen Schwerpunkte setzen. Wir haben bei den Stakeholdern eine supergute Resonanz, gute Rückmeldungen erhalten. Jetzt geht es in die breite, öffentliche Beteiligung. Wir werden dann in der nächsten Sitzung im April die strategischen Ziele festlegen. Wir werden dann in der nächsten Sitzung festlegen welches Geld fließt eigentlich in welche Priorität. Wie werden unsere Ergebnisindikatoren sein, sprich woran wollen wir uns messen lassen? Am 29. September nächsten Jahres werden wir das neue operationelle Programm beschließen.

Vielleicht in dieser Runde noch eine wichtige Information. In der letzten Sitzung – und das hat mich sehr gefreut – hat der Begleitausschuß einstimmig dafür votiert, dass das gemeinsame Sekretariat und die Verwaltungsbehörde, ohne welche die INTERREG-Mittel nicht sinnvoll angelegt werden und in sinnvolle Projekte umgesetzt werden könnten, dass dieses Sekretariat weiterhin bei der Region Grand Est sein soll, weil wir mit dieser Arbeit sehr zufrieden sind.

Es gibt noch einiges zu tun. Wir haben einen größeren Diskussionsbedarf mit der Kommission im Bereich der Wissenschaft gehabt (ich hoffe er ist jetzt ausgeräumt). Wir sind stark im Bereich der Wissenschaft. Wir haben viele Projekte und die Kommission sagt uns sehr deutlich: Mit INTERREG wollen wir keine Grundlagenforschung finanzieren, auch in der Regel nicht den Technologietransfer, sondern nur Innovation. Es hört sich vielleicht leicht an. In der Praxis ist es nicht so. Ich bin aber sehr zuversichtlich, wir finden einen Weg, um unsere erfolgreiche Wissenschaftsoffensive fortzusetzen.

Ich bitte Sie, begleiten Sie uns miteinander in unterschiedlichen Rollen weiter, denn eines hat sich nicht geändert von INTERREG V zu INTERREG VI: Wir brauchen Aufmerksamkeit für Europa. Wir müssen den Menschen zeigen, dass Europa unseren Wohlstand möglich macht und dass wir Europa für unsere weitere, gute Entwicklung brauchen. Dazu brauchen wir Sie. Wir haben nächstes Jahr 30 Jahre INTERREG. Es wird verschiedene Veranstaltungen geben. Wir haben auch 10 Jahre trinationale Metropolregion. Ich möchte es Ihnen allen wirklich mitgeben: Helfen Sie alle an Ihrer Stelle, Europa und die Erfolge, die wir haben, ganz konkret sichtbar zu machen! Vielen Dank.

(Applaus)

Frau GANTER:

Vielen Dank, Frau SCHÄFER. In der Tat, welch schöne Vorhaben und Aktionen die sich noch verwirklichen sollen! INTERREG VI wird noch lange eine große Chance bieten.

Ich würde jetzt gern Frau ACKERMANN das Wort erteilen, damit sie uns über die Arbeiten der ORK und über die Umfrage bei den Jugendlichen berichtet.

10. Der Jugend eine Stimme geben: Rückblick auf die Schweizer ORK-Präsidentschaft 2019 - Präsentation der Ergebnisse einer Jugendumfrage

Elisabeth ACKERMANN, Präsidentin der Oberrheinkonferenz

Frau ACKERMANN: *(PPT-Vortrag und Filmvorführung)*

Madame la Présidente, liebe Mitglieder des Oberrheinrates, Meine Damen und Herren, ich bin heute sehr gern nach Straßburg gekommen und überbringe Ihnen mit Freude die Grüße der ORK-Präsidentschaft. Es freut mich sehr, dass ich die Gelegenheit habe, die Bilanz meiner bisherigen ORK-Präsidentschaft vorstellen zu dürfen und vor allem die Ergebnisse der im Sommer durchgeführten Jugendumfrage vorzustellen. Meine Ausführungen werden mit einem kurzen Film abgerundet, der heute zum ersten Mal gezeigt wird und ab heute auf der ORK-Homepage aufrufbar sein wird.

Die Schweizer Präsidentschaft der ORK im Jahr 2019 stand unter dem Motto „Gemeinsam die Gegenwart und Zukunft gestalten“. Sie sehen hier eine Reihe von Höhepunkten, die wir im Laufe des Jahres angehen und umsetzen durften. Neben den rot markierten ordentlichen Sitzungen, bleiben mir die grün eingefärbten thematischen Anlässe im Bereich Kultur, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Wirtschaft in bester Erinnerung. Hinzu kommt eine Reihe in blau gehaltene Schreiben zu Verkehrsthemen an die nationale und supranationale Ebene.

Die diesjährige Präsidentschaft setzte u.a. Schwerpunkte beim Thema Jugend sowie in den Bereichen Mobilität, Bildung und Umwelt. Sie werden es gleich sehen und hören, diese Themen treffen auch den Nerv der jüngeren Generation. Darüber hinaus hat sich die ORK aber auch noch mit weiteren Themen, wie etwa mit der Wirtschaft, beschäftigt. Wie wir soeben von Regierungspräsidentin Bärbel SCHÄFER gehört haben, haben die ORK sowohl als auch der ORR einen wichtigen Beitrag zur Erarbeitung der TMO-Strategie geleistet. Entsprechend durften wir sie am vergangenen 22. November in Basel in einer gemeinsamen Unterzeichnung feiern. Der Einbezug der jüngeren Generation in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellte während meiner Präsidentschaft ein wichtiges Anliegen dar. Wir haben im Sommer eine Umfrage unter der jüngeren Generation (18 bis 29 jährige) im Oberrhein durchgeführt. Ich bin der Meinung, dass jüngere Menschen vermehrt in den trinationalen Kontext miteinbezogen werden müssen, mitentscheiden und mitbestimmen können. Sie müssen ja unsere Arbeit dann weiterführen. Es muss uns gelingen, ihre Bedürfnisse in die Planung einzubeziehen, eben nach dem Motto „Der Jugend eine Stimme geben“. Dafür haben wir diese trinationale, repräsentative Umfrage gemacht. Ich durfte die Ergebnisse zusammen mit Ihnen, Madame la Présidente, im Rahmen einer Medienorientierung in Basel vorstellen. Das möchte ich heute auch.

Sie haben das Management-Summary vorliegend zum Nachlesen. Im Folgenden möchte ich auf Erkenntnisse eingehen, die auch interessante Handlungsfelder bieten. Das Wichtigste Ergebnis für mich war eigentlich, dass sich rund Dreiviertel aller in der Region Oberrhein Befragten als Europäer und Europäerinnen fühlen. Auch in der Schweiz trifft dies auf zwei Drittel der Befragten zu. Entsprechend ist aber der geografische Begriff Oberrhein für die Jugend von eher geringer Bedeutung. So bezeichnet sich nur ein Drittel als Bewohner/-innen des Oberrheins.

Das führt uns zum ersten Handlungsfeld. Es wird wichtig sein, dass wir die Zusammenhänge deutlich machen können, dass die „kleine Außenpolitik“, die grenzüberschreitende Arbeit, sehr wichtig ist, auch in Bezug auf die Zusammenarbeit in Europa. Denn wenn die Zusammenarbeit im Kleinen nicht geht, dann wird sie im Großen erst recht nicht gehen. Das sollten wir zeigen.

Dann haben wir auch die Sprachkenntnisse befragt – ein wichtiger Teil – und gesehen, dass ein großer Teil der deutschen Jugendlichen (41%) gar kein Französisch spricht. Nur ein geringer Teil in Deutschland (13%) spricht Französisch gut oder fließend. Den Franzosen ist die Barriere der Nachbarsprache geringer: 27% haben angegeben, dass sie gar kein Deutsch sprechen. Auf Schweizer Seite ist der Anteil der Deutschsprachigen, die gar kein Französisch verstehen noch geringer: Er liegt bei 13%. Das hängt natürlich damit zusammen, dass bei uns Französisch die erste Fremdsprache ist, da es auch eine Landessprache in der Schweiz ist.

Wir haben abgefragt, wie die Bereitschaft ist, in einem Nachbarland zu arbeiten oder eine Aus- oder Weiterbildung zu absolvieren. Wir haben gesehen, dass die Bereitschaft der Jugend dazu grundsätzlich sehr hoch ist. Auf Schweizer Seite etwas geringer mit 32%. Sonst sind es etwa zwei Drittel, die sich das vorstellen können. Am offensten für eine grenzüberschreitende Arbeit oder Ausbildung ist die französische Seite. Allgemein zeigt sich natürlich, dass die Jugendlichen mit guten Kenntnissen der Nachbarsprache eine erhöhte Bereitschaft haben, im grenznahen Ausland zu arbeiten oder sich ausbilden zu lassen.

Dann haben wir die Haltung zum freien Personenverkehr abgefragt und die Zustimmung ist in allen drei Ländern sehr hoch, auch in der Schweiz mit 84%, was mich besonders gefreut hat. In Deutschland sind es sogar 93% und in Frankreich 94%. Entsprechend sehen nur 5% ein Risiko im freien Personenverkehr. In der Schweiz ist es leicht höher, aber immer noch sehr tief mit 9%.

Daraus ergibt sich für uns das zweite Handlungsfeld, die Förderung der Mehrsprachigkeit. Es ist natürlich sehr wichtig, dass man sich versteht, um zusammen zu arbeiten. Wir haben gesehen, dass die Bereitschaft im Nachbarland zu arbeiten oder sich auszubilden sehr hoch ist. Hier sollten wir mehr Möglichkeiten schaffen oder vereinfachen, wie z.B. ein mehrmonatiges Praktikum in einem anderen Land zu machen.

Dann haben wir gefragt, wie sich die Jugendlichen zwischen den Ländern bewegen. Sie bewegen sich sehr viel. Es gibt nur sehr wenige, die im letzten Jahr nie über die Grenze gegangen sind, aber drei Viertel davon sind mit dem Auto gereist. Nur jeder zehnte nimmt am meisten den Zug. Gleichzeitig wird aber die Erschließung der Nachbarregion mit öffentlichen Verkehrsmitteln mehrheitlich als gut bezeichnet. Nur ein Drittel sieht die Erschließung mit dem öffentlichen Verkehr als ausbaufähig oder stark ausbaufähig. Hier haben wir in der Umfrage einen gewissen Widerspruch.

Daraus folgt ein drittes Handlungsfeld. Das betrifft die ÖV-Nutzung, die wir natürlich stärken möchten, mit dem Ausbau der Tarifkorporationen, vielleicht auch Förderung von Vergünstigungen wie z.B. Jugendticket. Ein erster Schritt in diese Richtung ist jetzt zwischen Deutschland und der Schweiz geschehen. Es müssen weitere folgen.

Die Themen, welche die Jugendlichen beschäftigen und die sie in der grenzüberschreitenden Arbeit für sehr wichtig halten, sind allen voran der Umweltschutz, dann die Mobilität und Bildung. Hier sehen sie den größten Handlungsbedarf.

Das führt uns zum vierten Handlungsfeld. Die Themen der Jugendlichen sind eigentlich dieselben, wie die der Politik und der breiten Öffentlichkeit. Um die Jugendlichen an die grenzüberschreitende Arbeit heranzuführen sind sicher Jugendparlamente, Schulen, Jugendorganisation sehr wichtig und können als Eintrittspforten genutzt werden.

So haben doch sehr viele Jugendliche angegeben, dass sie sich eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorstellen können oder dass sie schon involviert sind, vor allem im Freizeitbereich (2/3 haben Interesse bekundet), gefolgt vom Umwelt-, Sprachen- Bildungs- und Sozialbereich. Die französische Jugend am Oberrhein zeichnet sich durch ein besonders großes Engagement im Umweltbereich sowie im Sprach- und Bildungsbereich aus. Auf Schweizer Seite fällt auf, dass das Engagement im Freizeitbereich geringer ist als in den anderen Ländern. Aber wir sehen, dass die Jugendlichen sich interessiert zeigen und bereit wären, etwas grenzüberschreitend zu unternehmen. Die Frage ist, wie wir sie dazu abholen können. Wir können sie eher mit Projekten und Themen, als über Institutionen ansprechen. Also, es gilt thematische Arbeitsgruppen zu bilden, Foren, die Jugendlichen über die *social media* anzusprechen und Projekte aufzugleisen bei denen sie mitwirken können.

Wir haben gehört, dass die jüngere Generation in Bezug auf die Schwerpunkte und Inhalte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit klare Vorstellungen hat. Selbstverständlich gilt es nun, die Erkenntnisse dieser Studien für uns weiter zu bearbeiten und je nach Bedarf im Eurodistrikt zu integrieren.

Zu diesem Zweck gilt es, in den kommenden Monaten und Jahren für die vorgeschlagenen allfälligen Handlungsfelder konkrete Maßnahmen zu definieren. Selbstverständlich sollen dabei auch die Jugendlichen eine Rolle spielen. Ich konnte die Umfrage bereits am 8. November dem Jugendparlament Oberrhein vorstellen. Es folgen zwei Veranstaltungen im Februar in Karlsruhe und Straßburg auf die ich mich schon freue. Vielen Dank, dass ich die Umfrage auch hier vorstellen durfte.

Nun freue ich mich, ihnen die Arbeit der ORK im letzten Jahr unter meiner Präsidentschaft in einem knapp fünf Minuten Film in Ton und Bild vorstellen zu dürfen. Ich freue mich auf die weitere Arbeit mit dem ORR und wünsche Ihnen viel Vergnügen mit dem Film, erholsame Feiertage und ein erfolgreiches Neues Jahr! Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vorführung des Films)

Frau GANTER:

Vielen Dank, Frau ACKERMANN, für diese Veranschaulichung. Der Film ist ein sehr schöner Rückblick über all das, was wir gemeinsam vollbracht haben. Jeder von den Anwesenden hier hat einen Beitrag dazu geleistet und kann darauf stolz sein. Danke auch, dass dieser Film gemacht wurde. Gibt es noch Fragen über den Vortrag von Frau SCHÄFER oder den von Frau ACKERMANN über die Jugendstrategie?

Ich freue mich meinerseits, dass wir demnächst hier bei der Region Grand Est ein Arbeitstreffen mit dem Jugendparlament organisieren. Bis zum 15. Februar wollen wir uns nämlich bemühen

unsere Jugendlichen zusammenzuführen, ob aus Deutschland ob aus der Schweiz oder aus Frankreich. Es wird auch ein ähnliches Arbeitstreffen nach dem gleichen Muster in Karlsruhe mit Frau DAMMANN geben.

11. Verschiedenes

Wenn es keine Fragen mehr gibt, hätte ich noch einige praktische Informationen mitzuteilen.

Sie haben in Ihren Sitzungsunterlagen das Presse-Communiqué vorgefunden, das an alle Medien gehen wird. Auch eine Unterlage mit Titel „2019: Ein Schlüsseljahr für den Oberrheinrat“. Es handelt sich um einen Überblick der Aktionen in diesem Jahr. Sie haben auch den ersten Newsletter von Herrn KLEINERT zugeschickt bekommen, der auch an die deutschen, französischen und Schweizerischen institutionellen Akteure geschickt wird, um die Arbeiten des Oberrheinrats bekannt zu machen. Wie ich es bereits sagte, unsere Kommunikation ist ganz wesentlich. Deshalb haben wir verschiedenen Kommunikationsmittel eingesetzt. Ich lade Sie auf die sozialen Netzwerke ein, wo der Oberrheinrat sich auch eingerichtet hat, sei es Twitter oder Instagram.

Sie haben in den Sitzungsunterlagen den Terminkalender für 2020 erhalten.

Die kommende Plenarsitzung findet am 29. Juni 2020 in Rastatt statt.

Die Plenarsitzung am Jahresende findet am 7. Dezember 2020 in Bad Bellingen statt.

Ich möchte Ihnen noch allen für Ihre heutige Präsenz danken; auch den Dolmetscherinnen, die in ihren Kabinen kaum sichtbar sind, aber deren Stimmen uns so behilflich sind und die Sitzung angenehm gestalten. Sie haben ein kleines Geschenk der Region Grand Est vorgefunden; dieser Regenschirm war nicht mit Absicht gedacht, denn wir wußten nicht, dass es regnen würde, aber so ist er wenigstens nützlich.

Ich wünsche Ihnen allen frohe Feiertage im Familienkreis und eine gute erholsame Zeit!

Ich lade Sie nun zum Buffet ein, das in der 4. Etage stattfindet. Danke an alle und an den Vorstand, der mich das ganze Jahr hindurch begleitet hat. Ein erfolgreiches Jahr 2020 für unsere Arbeit, Herr FREY! Ich sage Ihnen allen „Bis bald“!

Ende der Sitzung